

Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommen- und Vermögensteuern (Kirgisistan), Fassung vom 22.02.2024

Langtitel

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER KIRGISISCHEN REPUBLIK ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG UND ZUR VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN

StF: BGBl. III Nr. 89/2003 (NR: GP XXI RV 771 AB 1015 S. 95. BR: AB 6607 S. 685.)

Sonstige Textteile

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss es nachstehenden Staatsvertrages samt Protokoll wird genehmigt.

Ratifikationstext

Die Mitteilungen gemäß Art. 28 Abs. 1 des Abkommens erfolgten am 4. Juli 2002 bzw. 28. Februar 2003; das Abkommen ist gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 mit 1. Mai 2003 in Kraft getreten.

Präambel/Promulgationsklausel

Die Republik Österreich und die Kirgisische Republik, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen und die wirtschaftliche, wissenschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit auszubauen und zu verstärken,

haben Folgendes vereinbart:

Text

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in Österreich:
 - i) die Einkommensteuer;
 - ii) die Körperschaftsteuer;

- iii) die Grundsteuer;
- iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
- v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;
(im Folgenden als “österreichische Steuern” bezeichnet);
- b) in Kirgisistan:
 - i) die Steuer von Gewinnen juristischer Personen;
 - ii) die Einkommensteuer von natürlichen Personen;
 - iii) die Grundsteuer;
(im Folgenden als “kirgisische Steuern” bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:
- a) bedeutet der Ausdruck “Österreich” die Republik Österreich;
 - b) bedeutet der Ausdruck “Kirgisistan” die Kirgisische Republik. Im geografischen Sinn verwendet, bedeutet der Ausdruck “Kirgisistan” das Gebiet, über das die Kirgisische Republik Hoheitsrechte und Rechtsprechung in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ausübt und in dem die Steuergesetze der Kirgisischen Republik in Kraft sind;
 - c) bedeuten die Ausdrücke “ein Vertragsstaat” und “der andere Vertragsstaat”, je nach dem Zusammenhang, Österreich oder Kirgisistan;
 - d) umfasst der Ausdruck “Person” natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - e) bedeutet der Ausdruck “Gesellschaft” juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - f) bedeuten die Ausdrücke “Unternehmen eines Vertragsstaats” und “Unternehmen des anderen Vertragsstaats”, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - g) bedeutet der Ausdruck “internationaler Verkehr” jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - h) bedeutet der Ausdruck “zuständige Behörde”
 - i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii) in Kirgisistan: das Finanzministerium oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - i) bedeutet der Ausdruck “Staatsangehöriger”
 - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck “eine in einem Vertragsstaat ansässige Person” eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen

Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

- (2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:
- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
 - b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
 - c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
 - d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.
- (3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

- (1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.
- (2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:
- a) einen Ort der Leitung,
 - b) eine Zweigniederlassung,
 - c) eine Geschäftsstelle,
 - d) eine Fabrikationsstätte,
 - e) eine Werkstätte und
 - f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.
- (3) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst auch:
- a) eine Bauausführung oder Montage oder damit im Zusammenhang stehende Überwachungsleistungen, jedoch nur dann, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet oder wenn sich solche Leistungen über mehr als zwölf Monate erstrecken; und
 - b) die von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person durch Arbeitnehmer oder anderes zu diesem Zweck aufgenommenes Personal erbrachten Dienstleistungen, einschließlich Beratungsleistungen, jedoch nur dann, wenn sich die Tätigkeiten dieser Art (für das gleiche oder ein damit zusammenhängendes Vorhaben) im anderen Vertragsstaat über einen Zeitraum von mehr als zwölf Monaten erstrecken.
- (4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:
- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
 - b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
 - c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
 - d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
 - e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;

f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen. Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbstständigen Arbeit dient.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbstständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind. Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen), die von der Betriebstätte an den Hauptsitz oder an eine andere Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von

Lizenzgebühren, Entgelten oder anderen ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, oder in Form von Provisionen für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung, oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die der Betriebsstätte gewährt worden sind, gezahlt werden, sind jedoch nicht zum Abzug zugelassen. Dementsprechend sind Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen), die von der Betriebsstätte dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, oder in Form von Provisionen für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung, oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle gewährt worden sind, in Rechnung gestellt werden, bei der Ermittlung der Gewinne dieser Betriebsstätte nicht zu berücksichtigen.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

(1) Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr erzielt, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Im Sinne dieses Artikels umfasst der Gewinn, den ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr erzielt, auch:

- a) Gewinne aus der Vercharterung von voll ausgerüsteten oder leeren Seeschiffen oder Luftfahrzeugen;
- b) Gewinne aus der Benutzung oder der Vermietung von Containern (einschließlich Anhängern und der mit dem Transport von Containern verbundenen Ausrüstungen), die für die Beförderung von Gütern oder Waren im internationalen Verkehr verwendet werden,

sofern diese Gewinne mit Gewinnen im Zusammenhang stehen, für die Absatz 1 gilt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 sind die Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, von der Besteuerung befreit, wenn es sich handelt um:

- a) Zinsen, die an den anderen Vertragsstaat oder an die Nationalbank dieses Staates gezahlt werden;
- b) Zinsen im Zusammenhang mit einem Darlehen oder einem Kredit das beziehungsweise der von der Oesterreichischen Kontrollbank AG oder einer vergleichbaren kirgisischen Einrichtung, deren Aufgabe die Exportförderung ist, gewährt, garantiert oder besichert wird.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zu Grunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren im anderen Vertragsstaat ansässig ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken einschließlich Software, kinematografischer Filme und Videofilme oder Aufnahmen für TV und Radio, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist das Recht oder das Vermögen, das zur Zahlung der Lizenzgebühren verpflichtet, für

Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zu Grunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbstständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Aktien oder anderen Beteiligungen an einer Gesellschaft, deren Vermögen direkt oder indirekt zur Gänze oder vorwiegend aus unbeweglichem Vermögen besteht, das im anderen Vertragsstaat gelegen ist, bezieht, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2, 3 und 4 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

SELBSTSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbstständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so dürfen die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck "freier Beruf" umfasst insbesondere die selbstständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbstständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

UNSELBSTSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbstständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbstständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbstständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt werden, in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 16

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 sind die in diesem Artikel genannten Einkünfte in dem Vertragsstaat, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt, von der Steuer ausgenommen, wenn die Tätigkeit in diesem Staat im Rahmen eines von den Vertragsstaaten anerkannten Kultur- oder Sportaustauschprogramms ausgeübt wird.

Artikel 18

RUHEGEHÄLTER

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbstständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Bestimmung umfasst auch Renten, die an eine in einem Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden.

(2) Der Ausdruck "Rente" bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten auf Lebenszeit oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts auf Grund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistungen vorsieht.

Artikel 19

ÖFFENTLICHER DIENST

(1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat an eine natürliche Person für die diesem Staat geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
- i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder aus einem von diesem Staat errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.
- (3) Absatz 1 gilt auch für Vergütungen, die an den österreichischen Handelsdelegierten in Kirgisistan und an das Personal dieser österreichischen Außenhandelsstelle gezahlt werden.
- (4) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

Artikel 20

STUDENTEN

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

ANDERE EINKÜNFTE

- (1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln dieses Abkommens nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.
- (2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

VERMÖGEN

- (1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.
- (2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbstständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Staat besteuert werden.
- (3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- (4) Vermögen, das aus Aktien oder anderen Beteiligungen an Gesellschaften besteht, deren Vermögenswerte überwiegend aus im anderen Vertragsstaat gelegenen unbeweglichem Vermögen gebildet werden, darf in diesem Staat besteuert werden.
- (5) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

(1) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Kirgisistan besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b und des Absatzes 3 diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach Artikel 10 Absatz 2, Artikel 11 Absatz 2, Artikel 12 Absatz 2 und Artikel 13 Absatz 4 in Kirgisistan besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Kirgisistan gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus dem anderen Staat bezogenen Einkünfte entfällt.

(2) In Kirgisistan wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

Bezieht eine in Kirgisistan ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Kirgisistan

- a) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer entspricht;
- b) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen oder das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

(3) Einkünfte oder Vermögen einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in diesem Staat auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

Artikel 24

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 26

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Auch in einem solchen Fall darf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nur durchbrochen werden, so weit dies zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen oder überwiegender öffentlicher Interessen notwendig ist.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

Artikel 27

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28

IN-KRAFT-TRETEN

(1) Die Vertragsstaaten teilen einander den Abschluss des für die Inkraftsetzung dieses Abkommens nach ihrem jeweiligen Recht erforderlichen Verfahrens mit.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach dem Datum der letzten der in Absatz 1 genannten Mitteilungen in Kraft und seine Bestimmungen finden auf alle Steuern jener Steuerjahre Anwendung, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

Artikel 29

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuerjahre, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 18. September 2001, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, kirgisischer, russischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Bei Auslegungsunterschieden ist der englische Text ausschlaggebend.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Kirgisischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Unterzeichneten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

Zu Artikel 2 Absatz 1, Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 19:

In Österreich beziehen sich die Ausdrücke "Vertragsstaat" oder "Staat" in den oben angeführten Bestimmungen auch auf Gebietskörperschaften entsprechend dem Wortlaut des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen.

Zu Artikel 7:

Es gilt als vereinbart, dass der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Gewinne" auch Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft und einer anderen steuerlich gleich behandelten Personenvereinigung umfasst und im Fall Österreichs auch aus der Beteiligung an einer stillen Gesellschaft des österreichischen Rechts.

Zu den Artikeln 10, 11 und 12:

Wenn ein Übereinkommen oder ein Abkommen zwischen Kirgisistan und einem Mitgliedstaat der Europäischen Union geschlossen werden sollte, in welchem Kirgisistan einem Steuersatz für Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zustimmt, der niedriger ist als die in diesem Abkommen vorgesehenen Steuersätze, dann ist Kirgisistan bereit, Verhandlungen mit Österreich zur Änderung der in den Absätzen 2 der Artikel 10, 11 und 12 vorgesehenen Steuersätze aufzunehmen.

Zu den Artikeln 22 und 23:

Es gilt als vereinbart, dass der Ausdruck "Vermögen" bewegliches oder unbewegliches Vermögen bedeutet und Bargeld, Aktien oder andere Nachweise für Eigentumsrechte, Noten, öffentliche Anleihen oder andere Schuldverschreibungen und Patente, Marken, Urheberrechte oder ähnliche Rechte oder Vermögen umfasst (ohne jedoch darauf beschränkt zu sein).

Auslegung des Abkommens:

Es gilt als vereinbart, dass den Bestimmungen des Abkommens, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen oder des Musterabkommens der Vereinten Nationen zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die in den OECD-Kommentaren oder den Kommentaren der Vereinten Nationen dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich aller gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben. Die Kommentare - die von Zeit zu Zeit überarbeitet werden können - stellen eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dar. Im Fall einer unterschiedlichen Auslegung in den Kommentaren der OECD und der Vereinten Nationen wäre, falls erforderlich, eine einheitliche Auslegung in gegenseitigem Einvernehmen gemäß Artikel 25 zu suchen.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 18. September 2001, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, kirgisischer, russischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Bei Auslegungsunterschieden ist der englische Text ausschlaggebend.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2003

Ausgegeben am 25. Juli 2003

Teil III

89. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Kirgisischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (NR: GP XXI RV 771 AB 1015 S. 95. BR: AB 6607 S. 685.)

89.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss es nachstehenden Staatsvertrages samt Protokoll wird genehmigt.

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER KIRGISISCHEN REPUBLIK ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG UND ZUR VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN

Die Republik Österreich und die Kirgisische Republik, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen und die wirtschaftliche, wissenschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit auszubauen und zu verstärken,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten anässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

i) die Einkommensteuer;

ii) die Körperschaftsteuer;

iii) die Grundsteuer;

iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;

v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;

(im Folgenden als „österreichische Steuern“ bezeichnet);

b) in Kirgisistan:

i) die Steuer von Gewinnen juristischer Personen;

- ii) die Einkommensteuer von natürlichen Personen;
 - iii) die Grundsteuer;
- (im Folgenden als „kirgisische Steuern“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:
- a) bedeutet der Ausdruck „Österreich“ die Republik Österreich;
 - b) bedeutet der Ausdruck „Kirgisistan“ die Kirgisische Republik. Im geografischen Sinn verwendet, bedeutet der Ausdruck „Kirgisistan“ das Gebiet, über das die Kirgisische Republik Hoheitsrechte und Rechtsprechung in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ausübt und in dem die Steuergesetze der Kirgisischen Republik in Kraft sind;
 - c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragsstaat“ und „der andere Vertragsstaat“, je nach dem Zusammenhang, Österreich oder Kirgisistan;
 - d) umfasst der Ausdruck „Person“ natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - e) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - f) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaats“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaats“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - g) bedeutet der Ausdruck „internationaler Verkehr“ jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - h) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“
 - i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - ii) in Kirgisistan: das Finanzministerium oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - i) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“
 - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragsstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

- (2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:
- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansäs-

sig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);

- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfasst auch:

- a) eine Bauausführung oder Montage oder damit im Zusammenhang stehende Überwachungsleistungen, jedoch nur dann, wenn ihre Dauer zwölf Monate überschreitet oder wenn sich solche Leistungen über mehr als zwölf Monate erstrecken; und
- b) die von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person durch Arbeitnehmer oder anderes zu diesem Zweck aufgenommenes Personal erbrachten Dienstleistungen, einschließlich Beratungsleistungen, jedoch nur dann, wenn sich die Tätigkeiten dieser Art (für das gleiche oder ein damit zusammenhängendes Vorhaben) im anderen Vertragsstaat über einen Zeitraum von mehr als zwölf Monaten erstrecken.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person – mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 – für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unter-

nehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen. Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbstständigen Arbeit dient.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbstständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebstätte werden die für diese Betriebstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebstätte liegt, oder anderswo entstanden sind. Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen), die von der Betriebstätte an den Hauptsitz oder an eine andere Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder anderen ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, oder in Form von Provisionen für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung, oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die der Betriebstätte gewährt worden sind, gezahlt werden, sind jedoch nicht zum Abzug zugelassen. Dementsprechend sind Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen), die von der Betriebstätte dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, oder in Form von Provisionen für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung, oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstel-

le gewährt worden sind, in Rechnung gestellt werden, bei der Ermittlung der Gewinne dieser Betriebstätte nicht zu berücksichtigen.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

SEESCHIFFFAHRT UND LUFTHAFT

(1) Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr erzielt, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Im Sinne dieses Artikels umfasst der Gewinn, den ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr erzielt, auch:

- a) Gewinne aus der Vercharterung von voll ausgerüsteten oder leeren Seeschiffen oder Luftfahrzeugen;
- b) Gewinne aus der Benutzung oder der Vermietung von Containern (einschließlich Anhängern und der mit dem Transport von Containern verbundenen Ausrüstungen), die für die Beförderung von Gütern oder Waren im internationalen Verkehr verwendet werden,

sofern diese Gewinne mit Gewinnen im Zusammenhang stehen, für die Absatz 1 gilt.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11 **ZINSEN**

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 sind die Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, von der Besteuerung befreit, wenn es sich handelt um:

- a) Zinsen, die an den anderen Vertragsstaat oder an die Nationalbank dieses Staates gezahlt werden;
- b) Zinsen im Zusammenhang mit einem Darlehen oder einem Kredit das beziehungsweise der von der Oesterreichischen Kontrollbank AG oder einer vergleichbaren kirgisischen Einrichtung, deren Aufgabe die Exportförderung ist, gewährt, garantiert oder besichert wird.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zu Grunde liegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12 **LIZENZGEBÜHREN**

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren im anderen Vertragsstaat ansässig ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken einschließlich Software, kinematografischer Filme und Videofilme oder Aufnahmen für TV und Radio, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von gewerblichen, kaufmännischen oder wissenschaftlichen Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder eine feste Einrichtung und ist das Recht oder das Vermögen, das zur Zahlung der Lizenzgebühren verpflichtet, für Zwecke der Betriebstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zu Grunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13 **GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN**

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbstständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Aktien oder anderen Beteiligungen an einer Gesellschaft, deren Vermögen direkt oder indirekt zur Gänze oder vorwiegend aus unbeweglichem Vermögen besteht, das im anderen Vertragsstaat gelegen ist, bezieht, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2, 3 und 4 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

SELBSTSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbstständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, dass der Person im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Steht ihr eine solche feste Einrichtung zur Verfügung, so dürfen die Einkünfte im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfasst insbesondere die selbstständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbstständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

UNSELBSTSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbstständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbstständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Steuerjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbstständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt werden, in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 16

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17**KÜNSTLER UND SPORTLER**

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 sind die in diesem Artikel genannten Einkünfte in dem Vertragsstaat, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt, von der Steuer ausgenommen, wenn die Tätigkeit in diesem Staat im Rahmen eines von den Vertragsstaaten anerkannten Kultur- oder Sportaustauschprogramms ausgeübt wird.

Artikel 18**RUHEGEHÄLTER**

(1) Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbstständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Bestimmung umfasst auch Renten, die an eine in einem Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden.

(2) Der Ausdruck „Rente“ bedeutet einen bestimmten Betrag, der regelmäßig zu festgesetzten Zeitpunkten auf Lebenszeit oder während eines bestimmten oder bestimmbaren Zeitabschnitts auf Grund einer Verpflichtung zahlbar ist, die diese Zahlungen als Gegenleistung für in Geld oder Geldeswert bewirkte angemessene Leistungen vorsieht.

Artikel 19**ÖFFENTLICHER DIENST**

(1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat an eine natürliche Person für die diesem Staat geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat oder aus einem von diesem Staat errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Absatz 1 gilt auch für Vergütungen, die an den österreichischen Handelsdelegierten in Kirgisistan und an das Personal dieser österreichischen Außenhandelsstelle gezahlt werden.

(4) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

Artikel 20**STUDENTEN**

Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21**ANDERE EINKÜNFTE**

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln dieses Abkommens nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbstständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22**VERMÖGEN**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbstständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

(4) Vermögen, das aus Aktien oder anderen Beteiligungen an Gesellschaften besteht, deren Vermögenswerte überwiegend aus im anderen Vertragsstaat gelegenen unbeweglichem Vermögen gebildet werden, darf in diesem Staat besteuert werden.

(5) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23**VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG**

(1) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Kirgisistan besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b und des Absatzes 3 diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach Artikel 10 Absatz 2, Artikel 11 Absatz 2, Artikel 12 Absatz 2 und Artikel 13 Absatz 4 in Kirgisistan besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Kirgisistan gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus dem anderen Staat bezogenen Einkünfte entfällt.

(2) In Kirgisistan wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

Bezieht eine in Kirgisistan ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Kirgisistan

- a) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer entspricht;
- b) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen oder das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

(3) Einkünfte oder Vermögen einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in diesem Staat auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in diesem Staat bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

Artikel 24

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 26**INFORMATIONSAUSTAUSCH**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Auch in einem solchen Fall darf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nur durchbrochen werden, so weit dies zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen oder überwiegender öffentlicher Interessen notwendig ist.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

Artikel 27**MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN**

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28**IN-KRAFT-TRETEN**

(1) Die Vertragsstaaten teilen einander den Abschluss des für die Inkraftsetzung dieses Abkommens nach ihrem jeweiligen Recht erforderlichen Verfahrens mit.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach dem Datum der letzten der in Absatz 1 genannten Mitteilungen in Kraft und seine Bestimmungen finden auf alle Steuern jener Steuerjahre Anwendung, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

Artikel 29**KÜNDIGUNG**

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuerjahre, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 18. September 2001, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, kirgisischer, russischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Bei Auslegungsunterschieden ist der englische Text ausschlaggebend.

Für die Republik Österreich:

Dr. Benita Ferrero-Waldner

Für die Kirgisische Republik:

Arzymat Dschaparowitsch Sulaimankulow

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Kirgisischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Unterzeichneten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

Zu Artikel 2 Absatz 1, Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 19:

In Österreich beziehen sich die Ausdrücke „Vertragsstaat“ oder „Staat“ in den oben angeführten Bestimmungen auch auf Gebietskörperschaften entsprechend dem Wortlaut des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen.

Zu Artikel 7:

Es gilt als vereinbart, dass der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Gewinne“ auch Gewinne eines Gesellschafters aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft und einer anderen steuerlich gleich behandelten Personenvereinigung umfasst und im Fall Österreichs auch aus der Beteiligung an einer stillen Gesellschaft des österreichischen Rechts.

Zu den Artikeln 10, 11 und 12:

Wenn ein Übereinkommen oder ein Abkommen zwischen Kirgisistan und einem Mitgliedstaat der Europäischen Union geschlossen werden sollte, in welchem Kirgisistan einem Steuersatz für Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zustimmt, der niedriger ist als die in diesem Abkommen vorgesehenen Steuersätze, dann ist Kirgisistan bereit, Verhandlungen mit Österreich zur Änderung der in den Absätzen 2 der Artikel 10, 11 und 12 vorgesehenen Steuersätze aufzunehmen.

Zu den Artikeln 22 und 23:

Es gilt als vereinbart, dass der Ausdruck „Vermögen“ bewegliches oder unbewegliches Vermögen bedeutet und Bargeld, Aktien oder andere Nachweise für Eigentumsrechte, Noten, öffentliche Anleihen oder andere Schuldverschreibungen und Patente, Marken, Urheberrechte oder ähnliche Rechte oder Vermögen umfasst (ohne jedoch darauf beschränkt zu sein).

Auslegung des Abkommens:

Es gilt als vereinbart, dass den Bestimmungen des Abkommens, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen oder des Musterabkommens der Vereinten Nationen zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die in den OECD-Kommentaren oder den Kommentaren der Vereinten Nationen dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich aller gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben. Die Kommentare – die von Zeit zu Zeit überarbeitet werden können – stellen eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dar. Im Fall einer unterschiedlichen Auslegung in den Kommentaren der OECD und der Vereinten Nationen wäre, falls erforderlich, eine einheitliche Auslegung in gegenseitigem Einvernehmen gemäß Artikel 25 zu suchen.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 18. September 2001, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, kirgisischer, russischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Bei Auslegungsunterschieden ist der englische Text ausschlaggebend.

Für die Republik Österreich:

Dr. Benita Ferrero-Waldner

Für die Kirgisische Republik:

Arzymat Dschaparowitsch Sulaimankulow

Австрия Республикасы
менен
Кыргыз Республикасынын
ортосундагы

Кирешеге жана капиталга салыктар тармагында кош кабат
салык салуудан качуу жана салык төлөөдөн
качууну болтурбоо жөнүндө

МАКУЛДАШУУ

Австрия Республикасы жана Кыргыз Республикасы Кирешеге жана капиталга салыктар тармагында кош кабат салык салуудан качуу жана салык төлөөдөн качууну болтурбоо жөнүндө Макулдашуу түзүүнү каалашып, жана экономикалык, илимий, техникалык жана маданий кызматташууну өнүктүрүүгө жана чыңдоого ниеттерин ырасташып,

төмөнкүлөр жөнүндө макулдашышты:

1-статья

Бул Макулдашуу колдонулчу жактар

Бул Макулдашуу Макулдашкан Мамлекеттердин бирөөнүн же экөөнүн тең резиденттери болгон жактарга карата колдонулат.

2-статья

Бул макулдашуу колдонулчу салыктар

1. Бул Макулдашуу Макулдашкан Мамлекеттердин атынан алынчу кирешеге жана капиталга салыктарга карата, аларды алуунун ыкмасына карабастан колдонулат

2. Кирешеге жана капиталган салыктар деп кирешенин жалпы суммасынан, капиталдын жалпы суммасынан же козголбос жана козголмо мүлктү ажыратуудан түшкөн кирешеге салыктарды камтуу менен кирешенин же капиталдын элементтеринен алынчу салыктар, ишканалар төлөөчү эмгек акынын же маянанын жалпы суммасынан алынчу салыктар жана капиталдын өсүшүнөн түшкөн кирешеден алынчу салыктар эсептелет.

3. Макулдашуу колдонулчу, алынып жаткан салыктарга төмөнкүлөр кирет, атап айтканда:

а) Австрияда:

- I) киреше салыгы;
- II) корпорациялык салык;
- III) жер салыгы;
- IV) айыл чарбалык жана токойчулук ишканалардан алынчу салык;
- V) бош турган жер участогунун баасынан алынчу салык.

(мындан ары “Австриянын салыктары” деп аталат).

б) Кыргызстанда:

- I) юридикалык жактардын пайдасына жана кирешелерине салык;
- II) жеке адамдардан алынчу жеке киреше салыгы
- III) жер салыгы.

(мындан ары “Кыргызстандын салыктары” деп аталат).

4. Бул Макулдашуу ошондой эле ушул Макулдашууга кол коюлгандан кийин мурдагы салыктарга кошумча же ордуна алынчу окшош же негизинен окшош салыктарга карата да колдонулат. Макулдашкан Мамлекеттердин

компетенттүү органдары өздөрүнүн тийиштүү салык мыйзамдарына киргизилген бардык орчундуу өзгөртүүлөр жөнүндө бири-бирине билдиришет.

3-статья

Жалпы аныктамалар

1. Эгер контекстте башкача айтылбаса, бул Макулдашуунун максаты үчүн:

а) “Австрия” деген термин Австрия Республикасын билдирет;

б) “Кыргызстан” деген термин Кыргыз Республикасын билдирет. Географиялык мааниде колдонгондо “Кыргызстан” термини Кыргыз Республикасы эл аралык укукка ылайык өзүнүн эгемендүү укуктарын жана юрисдикциясын жүргүзүп жана Кыргыз Республикасынын салык мыйзамдары колдонулган аймакты билдирет;

в) “Макулдашкан Мамлекет” жана “Макулдашкан банкка Мамлекет” деген терминдер контекстке жараша Кыргыз Республикасын же Австрия Республикасын билдирет;

г) “жак” деген термин жеке адамды, компанияны же адамдардын ар кандай бирикмесин билдирет;

д) “компания” деген термин салык салуу максаты үчүн корпорациялык бирикме катары каралчу бардык корпорациялык бирикмелерди же ар кандай башка ишканаларды билдирет;

е) “Макулдашкан Мамлекеттин ишканасы” жана “Макулдашкан башка Мамлекеттин ишканасы” деген терминдер Макулдашкан Мамлекеттин резиденти башкаруучу ишкананы жана Макулдашкан башка Мамлекеттин резиденти башкаруучу ишкананы билдирет;

ж) “эл аралык ташуу” деген термин деңиз же аба кемеси Макулдашкан Мамлекеттин ичиндеги пункттардын аралыгында гана пайдаланылгандан башка учурларда Макулдашкан Мамлекеттин ишканасы тарабынан пайдаланылчу деңиз же аба кемеси менен ар кандай ташууну билдирет;

з) “компетенттүү орган” деген терминдин мааниси төмөнкүдөй:

1) Австрияда – Федералдык финансы министри же анын атайын укуктуу өкүлү;

2) Кыргыз Республикасында – Финансы министрлиги же анын атайын укуктуу өкүлү.

и) “улуттук жак” деген терминдин мааниси:

1) Макулдашкан Мамлекеттин гражданы болгон бардык жеке адамдарды билдирет;

2) Макулдашкан Мамлекеттин колдонуудагы мыйзамына ылайык өз статусун алган бардык юридикалык жактарды, өнөктүктү же ассоциацияны билдирет;

2. Макулдашкан Мамлекеттин бул Макулдашууну колдонуусунун бардык учурунда эгер контекстте башкача айтылбаса, анда Макулдашууда аныктама берилбеген бардык башка терминдердин ошол Мамлекеттин тиешелүү салык

мыйзамында аныкталган мааниси башка мыйзамдары менен аныкталган маанисинен жогорураак болуп, бул Макулдашуу колдонулган салыктарга тиешелүү колдонулуу жаткан маанисин билдирет.

4-статья

Резидент

1. “Макулдашкан Мамлекеттин резиденти” деген термин бул Макулдашуунун максаттары үчүн ошол Мамлекеттин мыйзамдарына ылайык ал жерде туруктуу жашагандыгынын, туруктуу болгондугунун, башкарылчу жеринин же ушул сыяктуу башка критерийлердин негизинде салык салынчу бардык жактарды, ошондой эле ал Мамлекетти да билдирет. Бирок бул термин ал Мамлекеттеги киреше булактары же ал Мамлекетте турган капиталы боюнча гана салык салынчу бардык жактарды камтыбайт.

2. Эгер 1-пункттин жоболоруна ылайык жеке адам Макулдашкан Мамлекеттин экөөнүн тең резиденти болсо, анын статусу төмөнкүдөй аныкталат:

а) ал туруктуу үйү бар Мамлекеттин гана резиденти болуп эсептелет: эгер эки Мамлекетте тең туруктуу үй-жайы болсо, тыгызыраак жеке жана экономикалык байланыштары (турмуштук кызыкчылыктарынын борбору) бар Мамлекеттин гана резиденти болуп эсептелет;

б) эгер анын турмуштук кызыкчылыктарынын борбору болгон Мамлекетти аныктоо мүмкүн эмес болсо, же ал Мамлекеттердин биринде да туруктуу үй-жайы болбосо, анда жашап турган Мамлекеттин гана резиденти болуп эсептелет;

в) эгер ал эки Мамлекетте тең жашаса, же экөөндө тең жашабаса, анда кайсынысынын гражданы болсо ошол Мамлекеттин резиденти деп эсептелет;

г) эгер ал эки Мамлекеттин тең гражданы болсо, же экөөнүн тең гражданы болбосо, Макулдашкан Мамлекеттердин компетенттүү органдары бул маселени өз ара макулдашуу менен чечүүгө аракеттенишет.

3. Эгер 1-пункттин жоболоруна ылайык, жеке адам болбогон жак Макулдашкан эки Мамлекеттин тең резиденти болсо, анда анын иш жүзүндөгү жетекчи органы кайда жайгашса, ошол Мамлекеттин гана резиденти деп эсептелет.

5-статья

Туруктуу мекеме

1. “Туруктуу мекеме” деген термин бул Макулдашуунун максаттары үчүн ишкана ишкердигин толук же ишкердиктин айрым бөлүгүн жүргүзгөн туруктуу жерди билдирет.

2. “Туруктуу мекеме” деген термин негизинен төмөнкүлөрдү камтыйт:

- а) башкарылган жерин;
- б) бөлүмүн;
- в) конторасын;
- г) фабриканы;
- д) мастерскойду.
- е) шахтаны, нефти же газ скважинасы, карьерди же табигый ресурстар казылчу бардык башка жерлерди; жана

3. “Туруктуу мекеме” деген термин ошондой эле төмөнкүлөрдү камтыйт:

а) Курулуш аянтын, курулуштук, монтаждоочу же кураштырыл-жыйноочу объектти же бул иштердин аткарылышын көзөмөлдөөгө байланышкан көрсөтүүлөрдү, эгер андай аянт же объект 12 айдан ашык турса же андай кызмат көрсөтүү 12 айдан ашык жүргүзүлүп жатса гана;

б) Макулдашкан Мамлекеттин резидентинин кызматкерлери же жалдаган башка кызматкерлер аркылуу консультациялык тейлөөнү камтуу менен кызмат көрсөтүүсү, бирок мындай мүнөздөгү ишкердик (ошол же ага байланышкан башка долбоор үчүн) Макулдашкан Мамлекеттин ичинде 12 айдан ашык жүргүзүлсө гана;

4. “Туруктуу мекеме” деген термин ушул статьянын мындан мурдагы жоболоруна карабастан, төмөнкүлөрдү камтыбайт:

а) курулуштарды ишканага тиешелүү товарларды же буюмдарды сактоо, көрсөтүү же берүү үчүн гана пайдаланууну;

б) ишканага тиешелүү товарлардын же буюмдардын запасын сактоо, көрсөтүү же берүү үчүн гана кармап турууну;

в) ишканага тиешелүү товарлардын же буюмдардын запасын башка ишкананын кайра иштетиши үчүн гана кармап турууну;

г) ишкердиктин туруктуу жерин товарларды же буюмдарды сатып алуу же ишкана үчүн маалымат топтоо максатында гана кармап турууну;

д) ишкердиктин туруктуу жерин ишкана даярдоочу же көмөкчү мүнөздөгү башка ишти жүргүзүүсү үчүн гана кармап турууну;

е) ишкердиктин туруктуу жерин а) дан д) пунктуна чейин саналган ишкердиктин ар кандай комбинацияларын жүргүзүү үчүн гана кармоону. ишкердиктин туруктуу жеринин мындай комбинациянын натыйжасында пайда болуучу жүргүзгөн ишкердигинин жалпылыгы даярдоочу же көмөкчү мүнөздө болгон шартта.

5. 6-пункт колдонулчу көз карандысыз статустагы агенттен башка адам ишкананын атынан аракеттенсе жана Макулдашкан Мамлекетте ишкананын атынан контракттарды түзүүгө укуктуу болсо, анда ал адам ишкана үчүн жасаган бардык иштерде жана 1 жана 2-пункттардын жоболоруна карабастан ал ишкана ошол Мамлекеттеги туруктуу мекемеси бар ишкана катары каралат; 4-пункттагы ал адамдын ишкердиги туруктуу иштеген жери аркылуу

жүргүзүлсө да, ушул пункттун жоболоруна ылайык туруктуу иштеген ал жерди туруктуу мекемеге айлантпастыгы жөнүндө айтылган шарт менен чектелгендиги башка учурларда туруктуу мекемеси бар деп каралбайт.

6. Ишкана ишин брокер, комиссиянер же көз каранды эмес статустагы ар кандай башка агент аркылуу жүргүзгөнү үчүн эле жана андай адамдар өздөрүнүн адаттагы ишкердигинин чегинде аракеттенишкен шартта ишкана Макулдашкан Мамлекетте туруктуу мекемеси бар деп эсептелбейт.

7. Макулдашкан Мамлекеттин резиденти болгон компания Макулдашкан башка Мамлекеттин резиденти болгон компанияны контролдогон же өзү ал тарабынан контролдонгон же ошол башка Мамлекетте ишкердик жүргүзгөн (туруктуу мекеме же башкача жол аркылуу) фактысынын өзү бул компаниялардын бирин башкасынын туруктуу мекемесине айландырбайт.

6-статья

1. Макулдашкан Мамлекеттер резиденти Макулдашкан башка Мамлекетте турган козголбос мүлктөн (айыл жана токой чарбасын кошо) алуучу кирешесине ошол башка Мамлекетте салык салынышы мүмкүн.

2. «Козголбос мүлк» деген термин ошол каралып жаткан мүлк турган Макулдашкан Мамлекеттин мыйзамы боюнча аныктама берилген маанисин билдирет. Кандай болгондо да, бул термин козголбос мүлккө карата көмөкчү мүлктү, айыл жана токой чарбасында пайдаланылчу малды жана жабдууларды, жерге карата менчик боюнча негизги мыйзамдын жоболору колдонулган укуктарды, козголбос мүлктүн узурфруктун жана минералдык запастарды, булактарды жана башка табигый ресурстарды иштеткендик же иштетүүгө укук үчүн компенсация катары өзгөрмө же туруктуу төлөмдөргө укукту камтыйт: деңиз, дарыя жана аба кемелери козголбос мүлк катары каралбайт.

3. 1-пункттун жоболору козголбос мүлктү тике пайдалануудан, ижарага берүүдөн же башкача түрдө пайдалануудан алынган кирешеге колдонулат.

4. 1 жана 3-пункттардын жоболору ошондой эле ишкананын козголбос мүлкүнөн алынчу кирешелерге жана көз карандысыз жеке кызматтарды көрсөткөндүк үчүн пайдаланылчу козголбос мүлктөн түшчү кирешелерге карата колдонулат.

7-статья

1. Макулдашкан Мамлекеттин ишканасынын кирешесине ал Мамлекетте салык эгер андай ишкана Макулдашкан Мамлекетте туруктуу мекемеси аркылуу ишкердик жүргүзбөсө гана салынат. Эгер ишкана жогоруда айтылгандай ишкердик жүргүзсө, анда башка Мамлекетте анын кирешесине

салык салынат, бирок ошол туруктуу мекемеге тиешелүү бөлүгүнө гана салынат.

2. 3-пункттун жоболорун эске алуу менен, Макулдашкан Мамлекеттин ишканасы Макулдашкан башка Мамлекетте туруктуу мекемеси аркылуу ишкердик жүргүзсө, анда ал туруктуу мекеме ошондой эле шартта ошондой эле ишкердик жүргүзгөн өз алдынча бөлөк ишкана болуп, өзүнүн туруктуу мекемесине толук көз карындысыздыкта иштегенде тапкандай эле кирешеси ар бир Макулдашкан Мамлекетте ошол ишканага тиешелүү болот.

3. Туруктуу мекеменин кирешесин аныктоодо туруктуу мекемени кармоого кеткен чыгымдар башкаруу жана администрациялык чыгымдарды камтуу менен, ал чыгымдар туруктуу мекеме турган Мамлекеттеби, же башка жердеби жумшалганына карабастан, эсептен чыгарылат. Бирок мындай эсептен чыгаруу туруктуу мекемеге банк мекемеси заем катары берген сумманын проценттерин төлөөдөн тышкары, туруктуу мекеме ишкананын башкы офисине же анын башка ар кандай офистерине патентин же башка укуктарын пайдалангандык үчүн, роялти, акы же ошол сыяктуу башка төлөмдөр, же көрсөткөн кызматтар, же башкаруу үчүн комиссиялык акы катары төлөөчү (иш жүзүндөгү чыгымдардын ордун толтуруудан башка) суммаларга карата колдонулбайт. Ошондой эле туруктуу мекеменин кирешесин аныктоодо туруктуу мекеме ишкананын башкы офисине же анын башка ар кандай офистерине патентин же башка укуктарын пайдалангандык үчүн, роялти, акы же ошол сыяктуу башка төлөмдөр, же көрсөткөн кызматтар, же башкаруу үчүн комиссионный катары төлөөчү (иш жүзүндөгү чыгымдардын ордун толтуруудан башка) суммалар эсепке алынбайт.

4. Эгер Макулдашкан Мамлекетте туруктуу мекемеге тиешелүү кирешени ишкананын ар түрдүү бөлүмдөрүнүн кирешелеринин жалпы суммасын пропорциялуу бөлүштүрүүнүн негизинде аныктоо адаттагы практика болсо, 2-пункттун эч нерсеси Макулдашкан Мамлекетке салык салынчу кирешени адатта колдонулчу ушундай бөлүштүрүү аркылуу аныктоого тыюу сала албайт; бөлүштүрүүнүн тандап алынган ыкмасы ушул статъядагы принциптерге ылайык натыйжа берүүгө тийиш.

5. Туруктуу мекеменин ишкана үчүн товарларды же буюмдарды сатып алгандыгынын себеби боюнча эч бир киреше туруктуу мекемеге таандык кылынышы мүмкүн эмес.

6. Эгер белгиленген ыкманы өзгөртүүгө жетиштүү жана жүйөлүү себеп болбосо, мындан мурдагы пункттардын максаттары үчүн, туруктуу мекемеге тиешелүү киреше жыл сайын ошол эле бир ыкма менен аныкталат.

7. Эгер кирешедө ушул Макулдашуунун башка статъяларында өзүнчө каралган кирешенин элементтери болсо, анда ал статъялардын жоболору бул статъянын жоболоруна тиешеси жок болот.

8-статья

1. Макулдашкан Мамлекеттин ишканасы деңиз же аба кемелерин эл аралык ташууга пайдалангандан алуучу кирешеге ошол Мамлекетте гана салык салынат.

2. Бул статьянын максаттары үчүн, Макулдашкан Мамлекеттин ишканасы деңиз же аба кемелерин эл аралык ташууга пайдалангандан алуучу киреше төмөнкүлөрдү камтыйт:

а) толук жабдылган кемени экипажы менен же экипажсыз ижарага берүүдөн алынчу киреше;

б) эл аралык ташууларда пайдаланылчу контейнерлерди (трайлерлерди жана алардын контейнерлерди которууга пайдаланылчу жабдууларын кошпо) пайдалануудан же ижарага берүүдөн алынчу киреше,

эгер мындай киреше 1-пункттун жоболору колдонулчу кирешеге карата экинчи даражада болсо.

3. 1-пункттун жоболору ошондой эле пулга, биргелешкен ишканага же транспорт каражаттарын эл аралык пайдалануу боюнча уюмга катышуудан алынчу кирешеге да колдонулат.

9-статья

Ассоциацияланган ишканалар

1. Эгер:

а) Макулдашкан Мамлекеттин ишканасы Макулдашкан башка Мамлекеттин ишканасын башкарууга, контролдоого же анын капиталына тике же кыйыр катышса; же

б) бир эле жак Макулдашкан бир Мамлекеттин ишканасынын же Макулдашкан башка Мамлекеттин ишканасын башкарууга, контролдоого же капиталына тике же кыйыр катышса,

эки ишкананын ортосунда алардын коммерциялык же финансылык мамилелеринде пайда болгон же түзүлгөн шарттар эки учурда тең көз карандысыз эки ишкананын ортосунда пайда болушу мүмкүн болгон шарттардан айырмаланышса, анда ал эки ишкананын кимисине болбосун эсептелчү, бирок ушул шарттардан улам эсептелбеген ар кандай киреше ошол ишкананы кирешесине киргизилет жана ага тиешелүү түрдө салык салынат.

2. Эгер Макулдашкан Мамлекет Макулдашкан башка Мамлекеттин ишканасына ошол башка Мамлекетте салынчу салыкты ушул Мамлекеттин ишканасынын кирешесине кошсо жана салык салса, жана ушундай жол менен салынган салык биринчи аталган Мамлекеттин ишканасынын кирешесине киргизилиши мүмкүн болгон киреше болсо, эгер эки ишкананын ортосунда түзүлгөн шарттар көз карандысыз эки ишкананын ортосундагыдай болсо, анда ал башка Мамлекет ал кирешеден алынчу салыктын суммасына тиешелүү

оңдоолорду киргизе алат. Мындай оңдоону аныктоодо бул Макулдашуунун башка жоболору эске алынууга тийиш, ал эми Макулдашкан Мамлекеттердин компетенттүү органдары зарыл учурларда бири-бири менен кеңешип турушат.

10-статья

Дивиденддер

1. Компания - Макулдашкан Мамлекеттин резиденти Макулдашкан башка Мамлекеттин резидентине төлөөчү дивиденддерге ошол башка Мамлекетте салык салынышы мүмкүн.

2. Бирок дивиденд төлөөчү компания резиденти болгон Макулдашкан Мамлекетте да ошол Мамлекеттин мыйзамына ылайык андай дивиденддерге салык салынышы мүмкүн, бирок эгер дивиденддерди иш жүзүндөгү ээси Макулдашкан башка Мамлекеттин резиденти болсо, анда мындай жол менен алынчу салык төмөнкү чектен ашпайт:

а) эгер дивиденддердин иш жүзүндөгү ээси дивиденд төлөөчү компаниянын капиталынын 25 % тен кем эмесине тике ээ болсо, дивиденддердин жалпы суммасынын 5 %инен;

б) калган бардык учурларда дивиденддердин жалпы суммасынын 15%инен.

Бул пункт компаниянын дивиденд төлөнгөн кирешесине карата салык салууга тиешеси жок.

3. «Дивиденддер» деген термин бул статьяда колдонуу үчүн акциялардан, «жуиссанс» акциялардан же «жуиссанс» укуктардан, кен казуу өнөр жайынын акцияларынан, уюштуруучулардын акцияларынан алынчу кирешелерди же кирешеге катышуучу карыздык талап болбогон башка укуктарды билдирет. ошондой эле кирешени бөлүштүрүүчү компания резиденти болгон Мамлекеттин мыйзамына ылайык кирешелерге салык салууга теңдештирилген башка корпоративдик укуктардан алынчу кирешени билдирет.

4. Эгер дивиденддердин иш жүзүндөгү ээси Макулдашкан Мамлекеттин резиденти болуп, дивиденд төлөгөн компания резиденти болгон Макулдашкан башка Мамлекетте туруктуу мекемеси аркылуу ишкердик жүргүзсө, же ал Макулдашкан башка Мамлекетте жайгашкан туруктуу базасынан көз карандысыз кызматтарды көрсөтсө жана дивиденд алынып жаткан холдинг андай туруктуу мекеме же туруктуу база менен чын эле байланыштуу болсо 1 жана 2-пункттин жоболору колдонулбайт. Мындай учурда шартка жараша 7 же 14-статьялардын жоболору колдонулат.

5. Эгер мындай дивиденддер Макулдашкан ошол башка Мамлекеттин резидентине төлөнгөн же дивиденддер төлөнгөн холдинг ошол башка Мамлекетте жайгашкан туруктуу мекемеге же туруктуу базага чындыгында

тиешелүү болгон жана төлөнчү дивиденддер же бөлүштүрүлбөгөн киреше ошол башка Мамлекетте жаратылган пайданын же кирешенин толук өзүнөн же бир бөлүгүнөн турса да, компаниянын бөлүштүрүлбөгөн кирешесинен бөлүштүрүлбөгөн кирешеге салык ала албагандан башка учурларда, Макулдашкан Мамлекеттин резиденти болгон компания макулдашкан банка Мамлекеттен киреше же пайда алса, анда ал башка Мамлекет компания толоочу дивиденддерден эч кандай салык ала албайт.

11-статья

Проценттер

1. Макулдашкан Мамлекеттердин биринде пайда болгон жана Макулдашкан башка Мамлекеттин резидентине төлөнчү проценттерге ошол башка Мамлекетте салык салынышы мүмкүн

2. Бирок мындай проценттер Макулдашкан Мамлекеттердин биринде ошол Мамлекеттин мыйзамына ылайык пайда болсо жана проценттердин иш жүзүндөгү ээси Макулдашкан башка Мамлекеттин резиденти болсо, анда мындай проценттерге салык салынат жана мындай жол менен алынчу салыктар проценттердин жалпы суммасынын 10 % инен ашпайт. Макулдашкан Мамлекеттердин компетенттүү органдары өз ара макулдашуу боюнча мындай чектөөнү колдонуунун жолдорун белгилешет.

3. 2-пункттун жоболоруна карабастан, проценттер төмөнкүдөй учурларда Макулдашкан Мамлекеттеги салыктан бошотулат, эгер алар:

а) Макулдашкан башка Мамлекетке же ал Мамлекеттин Улуттук Банкына төлөнчү проценттер болсо;

б) Австриянын Борбордук Банкы же экспортко жардам көрсөтүү максатын көздөгөн ошондой Кыргызстандык мамлекеттик мекеме гарантиялаган же камсыздандырган заемго же кредитке карата төлөнчү проценттер болсо.

4. «Проценттер» деген термин бул статьяда пайдаланууда күрөө менен камсыздалган же камсыздалбаган, карызкордун кирешесине катышууга укук берүүчү же бербөөчү ар кандай түрдөгү карыздык талаптардан алынчу кирешени, атап айтканда өкмөттүк баалуу кагаздардан түшчү кирешени жана облигациялардан жана карыздык милдеттенмелерден түшчү кирешени бул баалуу кагаздар, облигациялар же карыздык милдеттенмелер боюнча сыйлыктарды жана утуштарды камтуу менен билдирет. Өз убагында төлөбөгөндүк үчүн айыптар бул статьянын максаты үчүн проценттер катары каралбайт.

5. Эгер проценттердин иш жүзүндөгү ээси Макулдашкан Мамлекеттердин биринин резиденти болуп Макулдашкан башка Мамлекетте ишкердик жүргүзсө, ал жердеги туруктуу мекемеси аркылуу проценттер пайда

болсо же ал Мамлекетте турган туруктуу базасынан көз карандысыз кызматтарды көрсөтсө, жана проценттерди төлөөгө негиз болгон карыздык милдеттенме чындыгында эле ошол туруктуу мекемеге же туруктуу базага тиешелүү болсо анда 1, 2 жана 3-пункттардын жоболору колдонулбайт. Мындай учурда шартка жараша 7 же 14-статьянын жоболору колдонулат.

6. Проценттер Макулдашкан Мамлекетте эгер төлөөчү ошол Мамлекеттин резиденти болсо келип чыгат деп эсептелет. Бирок эгер проценттерди төлөөчү жак Макулдашкан Мамлекеттин резиденти болгон-болбогонуна карабастан Макулдашкан Мамлекетте туруктуу мекемеси же туруктуу базасы болсо, ошого байланыштуу проценттер төлөнчү карыз пайда болсо жана андай проценттерди ошол туруктуу мекеме же туруктуу база төлөсө, анда мындай проценттер туруктуу мекеме же туруктуу база жайгашкан Мамлекетте пайда болот деп эсептелет.

7. Эгер төлөөчү менен проценттердин иш жүзүндөгү ээсинин, же ал экөө менен кайсыдыр үчүнчү жактын ортосундагы өзгөчө мамилелерге байланыштуу процентти төлөөгө негиз болгон карыздык милдеттенмеге тиешелүү проценттердин суммасы төлөөчү менен проценттердин иш жүзүндөгү ээсинин ортосунда андай мамилелер жокто макулдашылган суммадан ашса, анда бул статьянын жоболору айтылган акыркы суммага карата гана колдонулат. Мындай учурда төлөмдүн ашык бөлүгүнө мурдагыдай эле ушул Макулдашуунун башка жоболорун эске алуу менен Макулдашкан Мамлекеттердин ар биринин мыйзамдарына ылайык салык салынат.

12-статья

Роялти

1. Макулдашкан Мамлекеттердин биринде пайда болгон жана Макулдашкан Мамлекеттин резидентине төлөнчү роялтиге ошол башка Мамлекетте салык салынышы мүмкүн.

2. Бирок Макулдашкан Мамлекеттин мыйзамына ылайык пайда болгон андай роялтилерге Макулдашкан Мамлекетте салык салынышы мүмкүн, бирок эгер роялтинин иш жүзүндөгү ээси Макулдашкан Мамлекеттин резиденти болсо, анда мындайча алынган салык роялтинин жалпы суммасынын 10 %инен ашпайт. Макулдашкан Мамлекеттердин компетенттүү органдары бул чектөөнү колдонуунун ыкмасын өз ара макулдашуу боюнча аныкташат.

3. “Роялти” термини бул статьяда колдонулганда адабияттын, искусствонун бардык чыгармаларына же программалык камсыздоону, кино-, видеофильмдерди жана теле көрсөтүү жана радио үчүн жазууларды камтуу менен илимий эмгектерге автордук укукту, бардык патенттерди, соодалык марканы, дизайнды же моделди, планды, жашырын формуланы же процессти, же өнөр жайлык, коммерциялык же илимий жабдууну, же өнөр жайлык, коммерциялык же илимий тажрыйбага тиешелүү маалыматты пайдалангандык

же автордук укукту пайдаланууга бергендик үчүн акы катары алынчу ар кандай төлөмдөрдү билдирет.

4. Эгер роялтинин иш жүзүндөгү ээси Макулдашкан Мамлекеттин резиденти болуп, макулдашкан башка Мамлекетте ишкердик жүргүзсө жана ал жердеги туруктуу мекемеси аркылуу роялти пайда болсо, же башка Мамлекеттеги туруктуу базасы аркылуу көз карандысыз жеке кызматтарды көрсөтсө жана роялти төлөнүүчү укук же мүлк иш жүзүндө ошол туруктуу мекеме же туруктуу база менен байланыштуу болсо, 1 жана 2-пункттин жоболору колдонулбайт. Мындай учурда шартка ылайык 7 же 14-статьянын жоболору колдонулат.

5. Эгер төлөөчү Макулдашкан Мамлекеттин резиденти болсо, роялти ошол мамлекетте пайда болду деп эсептелет. Бирок эгер роялтини төлөөчү жак Макулдашкан Мамлекеттин резиденти болгон-болбогонуна карабастан Макулдашкан Мамлекетте туруктуу мекемеси же туруктуу базасы болсо жана ушуга байланыштуу роялтини пайда кылган укук же мүлк чындыгында эле байланышта болушса жана андай роялтини төлөө боюнча чыгымдарды туруктуу мекеме же туруктуу база тартса, анда бул роялтилер туруктуу мекеме же база кайда жайгашса, ошол Мамлекетте пайда болду деп эсептелет.

6. Эгер төлөөчү менен роялтинин иш жүзүндөгү ээсинин ортосундагы же ал экөө менен кайсы бир башка үчүнчү жактын ортосундагы өзгөчө мамилелерге байланыштуу пайдаланууга, укукка же маалыматка тиешелүү төлөнчү роялтинин суммасы төлөөчү менен иш жүзүндөгү ээнин ортосунда андай мамилелер жок кезде макулдашылышы мүмкүн болгон суммадан ашса, анда бул статьянын жоболору акыркы айтылган суммага карата гана колдонулат. Мындай учурда төлөмдүн ашык суммасына ушул Макулдашуунун башка жоболорун эске алуу менен Макулдашкан ар бир Мамлекеттин мыйзамдарына ылайык салык салынат.

13-статья

Капиталдан алынчу кирешелер

1. Макулдашкан Мамлекеттин резиденти 6-статьяда айтылган жана Макулдашкан башка Мамлекетте жайгашкан козголбос мүлктү ажыратуудан алычу кирешелерге ошол башка Мамлекетте салык салынышы мүмкүн.

2. Макулдашкан Мамлекеттин ишканасынын Макулдашкан башка Мамлекеттеги туруктуу мекемесинин коммерциялык мүлкүнүн бөлүгүн түзгөн козголмо мүлктү, же Макулдашкан бир Мамлекеттин резидентинин карамагындагы туруктуу базага таандык жана Макулдашкан башка Мамлекетте турган мүлктү көз каранды эмес жеке кызматтарды көрсөтүү макеасында ажыратуудан алынган кирешелерге андай туруктуу мекемени (бүткүл ишкананы

толук же бөлүгүн), же андай туруктуу базаны ажыратуудан алынган кирешелер менен кошо ошол башка Мамлекетте салык салынышы мүмкүн.

3. Макулдашкан Мамлекеттин ишканасы эл аралык ташууларда пайдаланылган деңиз же аба кемесин, же андай деңиз же аба кемелерин эксплуатациялоого тиешелүү козголмо мүлктү ажыратуусунан алынган кирешелерге ошол Мамлекетте гана салык салынат.

4. Макулдашкан Мамлекеттин резиденти активдери тике же кыйырынан толугу менен же негизинен Макулдашкан башка Мамлекеттеги козголбоо мүлктөн турган компаниянын акцияларын же башка корпоративдик укуктарын ажыратуусунан алынган кирешелерге ошол башка Мамлекетте салык салынышы мүмкүн.

5. 1, 2, 3 жана 4-пункттарда айтылгандан башка кандайдыр-бир мүлктү ажыратуудан алынган кирешелерге мүлктү ажыраткан жак резиденти болгон Макулдашкан Мамлекетте гана салык салынат.

14-статья

Көз карандысыз жеке кызмат көрсөтүү

1. Макулдашкан Мамлекеттин резиденти профессионал кызмат көрсөтүүсүнөн же башка ишкердиктен алуучу кирешеге мүнөзүнө карабастан, ал өз ишкердигин жүргүзүү үчүн Макулдашкан башка Мамлекетте такай жеткиликтүү туруктуу базасы болгондон башка учурларда ошол Мамлекетте гана салык салынат. Эгер анын ушундай туруктуу базасы болсо, кирешесине салык салынышы мүмкүн, бирок ошол туруктуу базага тиешелүү бөлүгүнө гана салынат.

2. “Профессионал кызмат көрсөтүү” деген термин тактап айтканда, көз каранды эмес адабий, артисттик, окутуучулук же педагогикалык ишти, ошондой эле врачтардын, юристтердин, инженерлердин, архитекторлордун, стоматологдордун жана бухгалтерлердин көз каранды эмес ишин камтыйт.

15-статья

Көз карандылыктагы жеке кызмат көрсөтүүлөр

1. Макулдашкан Мамлекеттин резиденти жалданып иштеп алчу маяналарга, эмгек акыларга жана ушул сыяктуу башка акыларга эгер жалданып иштөө Макулдашкан Мамлекетте болуп жатпаса, 16, 18 жана 19-статьялардын жоболорун эске алуу менен ошол Мамлекетте гана салык салынат. Эгер жалданып иштөө ушундай жүргүзүлсө, андан алынчу акыга ошол башка Мамлекетте салык салынышы мүмкүн.

2. 1-пункттун жоболоруна карабастан, Макулдашкан Мамлекеттин резиденти Макулдашкан башка Мамлекетте жалданып иштөөдөн алчу кирешелерге төмөнкүдөй учурларда аталган биринчи Мамлекетте гана салык салынат, алар:

а) алуучу фискалдык жыл менен башталчу жана аяктачу ар кандай 12 айлык мезгилге тиешелүү чогуусу менен 183 күндөн ашпаган мезгилдин же мезгилдердин ичинде башка Мамлекетте болсо;

б) акыны башка Мамлекеттин резиденти болбогон жалдоочу төлөсө же жалдоочунун атынан төлөнсө;

в) акы жалдоочунун башка Мамлекеттеги туруктуу мекемесинен же туруктуу базасынан төлөнбөсө.

3. Бул статьянын мындан мурдагы жоболоруна карабастан, Макулдашкан Мамлекеттин ишканасы эл аралык ташууларда пайдаланган деңиз же аба кемесинин бортунда жалдоо боюнча жумушка байланыштуу акыга ошол Мамлекетте салык салынышы мүмкүн.

16-статья

Директорлорго акы төлөө

Директорлорго акы төлөө жана ошондой эле Макулдашкан Мамлекеттин резиденти Макулдашкан башка Мамлекеттин резиденти болгон компаниянын директорлор кеңешине мүчө катары алуучу ошол сыяктуу башка акыларга ошол башка Мамлекетте салык салынышы мүмкүн.

17-статья

Артисттер жана спортсмендер

1. 7, 14 жана 15-статьялардын жоболоруна карабастан, Макулдашкан Мамлекеттин резиденти Макулдашкан башка Мамлекетте кинонун, радионун, теле көрсөтүүнүн артисти же музыкант сыяктуу искусство кызматкери катары аткарган, же спортсмен катары аткарган жеке ишинен алуучу кирешесине ошол башка Мамлекетте салык салынышы мүмкүн.

2. Эгер искусство кызматкери же спортсмендин аткарган жеке ишинен тапкан кирешеси искусство кызматкеринин же спортсмендин өзүнө эмес, башка адамга жазылып эсептелсе, анда ал кирешеге 7, 14 жана 15-статьялардын жоболоруна карабастан искусство кызматкери же спортсмен өз ишин жүргүзгөн Макулдашкан Мамлекетте салык салынышы мүмкүн.

3. 1 жана 2-статьялардын жоболоруна карабастан, ушул статьяда айтылган киреше артист же спортсмен ишин жүргүзгөн Мамлекетте ал Макулдашкан Мамлекеттер жактырган маданий же спорттук алмашуу программасынын чектеринде жүргүзүлсө ал Мамлекетте салыктан бошотулат.

18-статья

Пенсиялар

1. 19-статьянын 2-пунктуунун жоболорун эске алуу менен. Макулдашкан Мамлекеттин резидентине мурдагы жалданып иштегени боюнча төлөнчү пенсияларга жана ушул сыяктуу акыларга ошол Мамлекетте гана салык салынат. Бул жобо ошондой эле Макулдашкан Мамлекеттин резидентине төлөнчү аннуитеттерге да колдонулат.

2. “Аннуитет” деген термин акчалай же баасынын наркында адекваттуу жана толук акы төлөөнүн ордуна төлөп туруу милдеттенмесине ылайык өмүр бою же белгилүү бир аныкталган же конкреттүү аныкталган убакыт бою мезгилдүү төлөнүп туруучу аныкталган сумманы билдирет.

19-статья

Мамлекеттик кызмат

1. а) Макулдашкан Мамлекет жеке адамга анын ошол Мамлекетке көрсөткөн кызматы боюнча төлөөчү пенсиядан башка маяна, эмгек акы жана башка акыларга ошол Мамлекетте гана салык салынат.

б) Бирок, эгер кызматтар ошол Мамлекетте көрсөтүлсө жана жеке адам ошол Мамлекеттин резиденти болуп, ал:

I) ал Мамлекеттин улуттук адамы болсо; же

II) кызмат көрсөтүү максаты үчүн гана ал Мамлекеттин резиденти болбосо

андай маянага, эмгек акыга жана башка ушул сыяктуу акыларга Макулдашкан ошол Мамлекетте гана салык салынат.

2. а) Макулдашкан Мамлекет же ал түзгөн фонддор жеке адамга ал Мамлекетке өтөгөн кызматы үчүн төлөчү бардык пенсияларга ошол Мамлекетте гана салык салынат.

б) Бирок эгер жеке адам ал Мамлекеттин резиденти же улуттук жагы болсо, андай пенсияга Макулдашкан Мамлекетте гана салык салынат.

3. Ушул статьянын 1-пунктуунун жоболору ошондой эле Кыргызстандагы Австриянын Тышкы соода Өкүлчүлүгүнө жана Кыргызстандагы Австриянын Тышкы соода Өкүлчүлүгүнүн кызматкерлерине төлөнчү акыга карата да колдонулат.

4. 15, 16, 17 жана 18-статьялардын жоболору Макулдашкан Мамлекет жүргүзүүчү ишкердикке байланыштуу көрсөтүлгөн кызматтарга байланыштуу маянага, эмгек акыга жана башка акыларга жана пенсияларга карата колдонулат.

20-статья

Студенттер

Макулдашкан башка Мамлекетке келгенге чейин Макулдашкан башка Мамлекеттин резиденти болгон же болуп турган жана аталган биринчи Мамлекетте окуу же билим алуу максатында гана жүргөн студентке же стажерго төлөмчү жана жашоо, окуу жана билим алуу үчүн арналган төлөмдөргө андай төлөмдөр ал Мамлекеттин чегинен сырттагы булактардан келген шартта ал Мамлекетте салык салынбайт.

21-статья

Башка кирешелер

1. Макулдашкан Мамлекеттин резидентинин бул Макулдашуунун мындан мурдагы статьяларында айтылбаган кирешесинин түрлөрүнө алардын алынган булагына карабастан ошол Мамлекетте гана салык салынат.

2. Эгер 6-статьянын 2-пунктунда аныкталган козголбос мүлктөн киреше алуучу Макулдашкан башка Мамлекеттеги туруктуу мекемеси аркылуу ишкердик жүргүзсө же ал башка Мамлекеттеги туруктуу базасынан көз карандысыз жеке кызматтарды көрсөтсө жана ага байланыштуу алынган укук же киреше ал туруктуу мекемеге же туруктуу базага чынында эле байланыштуу болсо, 1-пунктун жоболору андан башка кирешелерге карата колдонулбайт.

22-статья

Капитал

1. 6-статьяда айтылган, Макулдашкан Мамлекеттин резидентине таандык жана Макулдашкан башка Мамлекетте турган козголбос мүлк түрүндөгү капиталга ошол башка Мамлекетте гана салык салынышы мүмкүн.

2. Макулдашкан Мамлекеттердин биринин Макулдашкан башка Мамлекетте турган ишканасынын туруктуу мекемесинин өндүрүштүк мүлкүнүн бөлүгү болгон козголбос мүлк түрүндөгү капитал, же Макулдашкан Мамлекеттин Макулдашкан башка Мамлекеттеги резидентинин карамагындагы туруктуу базага тиешелүү көз карандысыз кызмат көрсөтүү максатындагы козголмо мүлк түрүндөгү капиталга ошол башка Мамлекетте гана салык салынышы мүмкүн.

3. Макулдашкан Мамлекеттин ишканасы эл аралык ташууларга пайдаланган деңиз жана аба кемелери түрүндөгү жана ал деңиз жана аба кемелерин пайдаланууга тиешелүү козголмо мүлк түрүндөгү капиталга Макулдашкан ошол Мамлекетте гана салык салынат.

4. Активдери негизинен Макулдашкан Мамлекеттеги козголбос мүлктөн турган компаниянын акциялар же башка корпорациялык укуктар түрүндөгү капиталына Макулдашкан ошол Мамлекетте гана салык салынса болот.

5. Макулдашкан Мамлекеттин капиталынын бардык башка элементтерине ошол Мамлекетте гана салык салынат.

23-статья

Кош кабат салык салууну жоюу

1. Кош кабат салык салуу Австрия боюнча төмөнкүдөй четтетилет:

а) эгер Австриянын резиденти ушул Макулдашуунун жоболоруна ылайык Кыргызстанда салык салынышы мүмкүн болгон киреше алса же капиталга ээ болсо, анда Австрия б) пунктчасынын жана 3-пункттун жоболорун эске алуу менен ал кирешени же капиталды салыктан бошотот.

б) эгер Австриянын резиденти 10-статьянын 2-пунктунун, 11, 12-статьялардын жана 13-статьянын 4-пунктунун жоболоруна ылайык Кыргызстанда салык салынышы мүмкүн болгон кирешенин түрлөрүн алса, анда Австрия ал резиденттин кирешесине салынчу салыктан Кыргызстанда төлөнгөн салыкка барабар сумманы алып салууга жол берет. Бирок мындай эсептен чыгаруу салыктын эсептен чыгарууга чейин эсептелген бөлүгүнөн ашыпоого тийиш жана ошол башка Мамлекетте алынган кирешенин түрлөрүнө кирет.

2. Кош кабат салык салуу Кыргызстан боюнча төмөнкүдөй четтетилет:

Эгер Кыргызстандын резиденти ушул макулдашуунун жоболоруна ылайык Австрияда салык салынышы мүмкүн болгон киреше алса же капиталга ээлик кылса, анда Кыргызстан:

а) Австрияда төлөнгөн жеке киреше салыгынын суммасын ал резиденттин кирешесине салынчу салыктан чыгарып салууга жол берет:

б) Австрияда төлөнгөн капиталга салыктын суммасын ал резиденттин капиталына салынчу салыктан чыгарып салууга жол берет.

Бирок эки учурда тең мындай чыгарып салуу жеке киреше салыгынын же капиталга салыктын шартка жараша Австрияда салык салынышы мүмкүн болгон жеке киреше салыгынын же капиталга салыктын чыгарып салууга чейин эсептелген бөлүгүнөн ашыпоого тийиш.

3. Эгер ушул Макулдашуунун ар кандай жобосуна ылайык Макулдашкан Мамлекеттин резиденти алган киреше же капитал ал Мамлекетте салыктан бошотулса, ал Мамлекет буга карабастан кирешенин же капиталдын калган бөлүгүнө салыктын суммасын эсептөөдө салыктан бошотулган кирешени же капиталды эске алса болот.

24-статья**Кысымга албоо**

1. Макулдашкан Мамлекеттин улуттук жактары Макулдашкан башка Мамлекетте ошол Макулдашкан башка Мамлекеттин улуттук жактарына ошондой эле шартта, атап айтканда резиденттик жактан салынчу салык төлөөдөн оорураак салык төлөөгө же ага байланыштуу башка милдеттенмеге кириптер кылынбайт. 1-статьянын жоболоруна карабастан бул жобо ошондой эле Макулдашкан Мамлекеттердин биринин же экөөнүн тең резиденти болбогон жактарга карата да колдонулат.

2. Макулдашкан Мамлекеттердин резиденттери болгон граждандыгы жок адамдар Макулдашкан Мамлекеттердин эч биринде ошол Макулдашкан башка Мамлекеттин улуттук жактарына ошондой эле шартта, атап айтканда резиденттик жактан салынчу салык төлөөдөн оорураак салык төлөөгө же ага байланыштуу башка милдеттенмеге кириптер кылынбайт.

3. Макулдашкан Мамлекеттердин биринин Макулдашкан берки Мамлекеттеги туруктуу мекемесине салык салуу берки Мамлекеттин ошондой эле иш жүргүзгөн ишканасына салык салууга караганда оорураак болушу мүмкүн эмес. Бул жобо Макулдашкан бир Мамлекетти Макулдашкан башка Мамлекеттин резиденттерине салык салууда алардын граждандык статусунун же үй-бүлөлүк милдеттенмелеринин негизинде өз резиденттерине бергендей кандайдыр бир жеке жеңилдиктерди, эсептен чыгарууларды берүүгө милдеттендирүү катары түшүнүлбөшү керек.

4. 9-статьянын 1-пунктунун, 11-статьянын 7-пунктунун же 12-статьянын 6-пунктунун жоболору колдонулгандан башка учурларда Макулдашкан Мамлекеттердин биринин ишканасы макулдашкан башка Мамлекеттин резидентине төлөөчү проценттер, роялти жана башка төлөмдөр андай ишкананын салык салынчу кирешесин аныктоо максатында ал төлөмдөр биринчи аталган Мамлекеттин резидентине төлөнгөндөй эле шартта эсептен чыгарылат. Ушундай эле Макулдашкан Мамлекеттердин биринин ишканасынын Макулдашкан башка Мамлекеттин резидентине ар кандай бересеси ал ишкананын салык салынчу капиталын аныктоо максатында биринчи аталган Мамлекеттин резидентине береседей эле шартта эсептен чыгарылат.

5. Макулдашкан Мамлекеттердин биринин капиталы Макулдашкан башка Мамлекеттин бир же андан көп резидентине толугу менен таандык же контролдонгон ишканасына биринчи аталган Мамлекетте биринчи аталган Макулдашкан Мамлекеттин ошол сыяктуу башка ишканаларына салык салуудан же салык салууга байланыштуу башка милдеттенмелерден башкача же оорураак салык салынбайт.

6. 2-статьянын жоболоруна карабастан, бул статьянын жоболору бардык түрдөгү салыктарга колдонулат.

25-статья

Өз ара макулдашуу процедурасы

1. Эгер жак Макулдашкан Мамлекеттердин биринин же экинчун тең иш-аракеттери ага ушул Макулдашуунун жоболорунда айтылгандан башкача салык салууга алып келет деп эсептесе, анда ал жак ал Мамлекеттердин улуттук мыйзамдарында каралган коргоо каражаттарына карабастан өз ишин өзү резиденти болгон макулдашкан Мамлекеттин компетенттүү органына бере алат, же эгер анын иши 24-статьянын 1-пунктуна туура келсе өзү улуттук жагы болгон Макулдашкан Мамлекеттин компетенттүү органына бере алат. Арыз бул Макулдашуунун жоболоруна ылайык эмес салык салууга алып келүүчү аракеттер жөнүндө биринчи билдирүү алынган учурдан баштап 3 жылдын ичинде берилиши керек.

2. Компетенттүү орган эгер дооматты негиздүү деп эсептесе жана канааттандырчу чечимге өз алдынча келе албаса, бул Макулдашуунун жоболоруна ылайык эмес салык салуудан качуу максатында Макулдашкан башка Мамлекеттин компетенттүү органы менен маселени макулдашып чечүүгө умтулат. Жетишилген бардык макулдашуулар Макулдашкан Мамлекеттердин улуттук мыйзамдарында каралган кандайдыр бир убактылуу чектөөлөргө карабастан аткарылууга тийиш.

3. Макулдашкан Мамлекеттердин компетенттүү органдары бул Макулдашуунун жоболорун чечмелөөдө пайда болгон бардык кыйынчылыктарды же күмөнсүүлөрдү өз ара макулдашуу боюнча чечүүгө умтулушат. Алар ошондой эле бул Макулдашууда каралбаган учурларда биргелешкен консультацияларды өткөрө алышат.

4. Макулдашкан Мамлекеттердин компетенттүү органдары мындан мурдагы пункттарды чечмелөөдө макулдашууга келүү максатында компетенттүү органдардын өздөрү мүчөсү болушу мүмкүн болгон биргелешкен комиссияларды түзүүнү да камтуу менен бири-бири менен түздөн түз кеңеше алышат.

26-статья

Маалымат алмашуу

1. Макулдашкан Мамлекеттердин компетенттүү органдары бул Макулдашуунун жоболорун аткарууга керектүү маалыматтарды алмаша алышат. Макулдашкан Мамлекет алган бардык маалымат ал Мамлекеттин улуттук мыйзамынын чегинде алынган маалымат сыяктуу эле жанырын деп эсептелет жана бул Макулдашуу колдонулчу салыктарга карата салыкты эсептөө же чогултуу, мажбурлап өндүрүү же соттук териштирүү, ошондой эле апелляцияларды кароо боюнча иштеген адамдарга жана органдарга гана

(сотторду жана администрациялык органдарды камтуу менен) берилет. Ал адамдар жана органдар ал маалыматты ушул максатка гана пайдаланышат. Алар бул маалыматты ачык сот кеңешмесинде же соттук чечим чыгарууда ачыкка чыгара алышат. Ушуга тиешеси бар шарттарда да жеке маалыматтардын жашырындыгынан башка жактын мыйзамдуу кызыкчылыктарын же артыкчылыктуу мамлекеттик кызыкчылыктарды коргоо зарыл болгондо гана баш тартылышы мүмкүн.

2. 1-пункттун жоболору эч бир учурда макулдашкан Мамлекетти:

а) Макулдашкан тигил же бул Мамлекеттин мыйзамдарына же администрациялык практикасына каршы келген администрациялык чараларды көрүүгө;

б) Макулдашкан тигил же бул Мамлекеттин мыйзамы же администрациялык практикасы боюнча алууга болбочу маалыматты берүүгө;

в) кандайдыр бир соодалык, ишкердик, өнөр жайлык, коммерциялык же профессионалдык сырды, же соодалык процессти ачыкка чыгаруучу же ачыкка чыгарылышы мамлекеттик саясатка (ordre public) же Мамлекет маалыматты коргоо тармагында берген негизги укуктарга каршы келген маалыматты берүүгө милдеттендирүүчү катары чечмеленбеши керек.

27-статья

Дипломатиялык миссиялардын жана консулдук кызматтардын мүчөлөрү

1. Бул Макулдашуунун эч бир жобосу дипломатиялык миссиялардын жана консулдук кызматтардын мүчөлөрүнө эл аралык укуктун жалпы нормалары менен же атайын макулдашуулардын негизинде берилген салык боюнча артыкчылыктарына тийишпейт.

28-статья

Макулдашуунун күчүнө кириши

1. Макулдашкан Мамлекеттер бул Макулдашуунун күчүнө кириши үчүн тийиштүү мыйзамдарда талап кылынган процедуралардын аткарылганы жөнүндө бири бирине билдиришет.

2. Макулдашуу ушул статьянын 1-пунктунда айтылган акыркы билдирүү алынгандан кийинки үчүнчү айдын биринчи күнү күчүнө кирет жана анын жоболору макулдашуу күчүнө кирген календарлык жылдын 31-декабрынан кийин башталчу ар кандай финансылык жылдагы ар кандай салыктарга карага колдонулат.

29-статья**Колдонууну токтотуу**

Бул Макулдашуу Макулдашкан Мамлекеттердин бири колдонууну токтотмоюнча күчүндө болот. Макулдашкан Мамлекеттердин ар бири бул Макулдашуу күчүнө киргенден 5 жыл өткөнгө чейин же календарлык жылдын 30-июнуна чейин Макулдашууну токтотуу жөнүндө дипломатиялык каналдар аркылуу жазуу жүзүндө кабарлап бул Макулдашууну колдонууну токтото алат. Мындай учурда бул Макулдашуу токтотуу жөнүндө билдирүү алынган календарлык жылдын 31-декабрынан кийин башталчу финансылык жылдагы салыктарга карата күчүн жоготот.

Ушуларды ырастоо үчүн Макулдашкан эки Мамлекеттин кол коюуга атайын укук алышкан өкүлдөрү бул Макулдашууга кол коюшту.

200 ⁴ жылдын «18» сентябры, Венада немец, кыргыз, орус жана англис тилдеринде 2 нускада түзүлдү жана бардык тексттер бирдей күчкө ээ. Чечмелөөдө ар башкача пикирлер болгон учурда англис тилиндеги текст чечүүчү болот.

Австрия Республикасы
үчүн



Dr. Benita Ferrero-Waldner

Кыргыз Республикасы
үчүн



Arzymat Dschaparowitsch Sulaimankulow

ПРОТОКОЛ

Австрия Республикасы менен Кыргыз Республикасынын ортосундагы Кирешеге жана капиталга салыктар тармагында кош кабат салык салуудан качуу жана салык төлөөдөн качууну болтурбоо жөнүндө Макулдашууга кол коюуда төмөндө кол койгондор төмөнкү жоболор Макулдашуунун ажырагыс бөлүгү болот деп макулдукка келишти:

1. 2-статьянын 1-пунктуна, 4-статьянын 1-пунктуна жана 19-статьяга карата:

Австрияга карата «Макулдашкан Мамлекет» же «Мамлекет» деген термин жогоруда айтылган жоболордо пайдаланууда OECD Конвенциясынын моделиндеги жоболордун тийиштүү формулировкасына ылайык саясий бөлүмдөрдү да камтыйт.

2. 7-статьяга карата

«Киреше» деген термин бул статьяда колдонууда бардык өнөктөр шериктештикке же адамдардын ар кандай башка бирикмелерине катышуудан алган кирешесин камтыйт жана салык салуу үчүн ошондой эле мааниде каралат, ал эми Австрияга карата алганда болсо Австриянын мыйзамындагы спирингдик өнөктүккө катышуудан алган кирешени билдирет.

3. 10, 11 жана 12-статьяларга карата

Эгер Кыргызстан менен Европа Союзуна мүчө башка бардык мамлекеттердин ортосунда түзүлгөн Макулдашууда же Конвенцияда Кыргызстан дивиденддерге, процентке же роялтиге салыктын ушул Макулдашууда каралгандан төмөн ставкасына макул болсо, анда Кыргызстан Австрия менен бул Макулдашуунун 10, 11 жана 12-статьяларында белгиленген ставкаларды кайра кароо боюнча сүйлөшүүлөрдү баштайт.

4. 22 жана 23-статьяларга карата

«Капитал» деген термин козголмо жана козголбос мүлктү билдирери шексиз жана акчалай каражаттарды камтыйт (бирок муну менен чектелбейт), акцияларды жана менчик укугунун башка күбөлүктөрүн, карыз жөнүндө тил каттарды, облигацияларды же карыздын башка күбөлүктөрүн жана патенттерди, соодалык маркаларды, автордук укуктарды жана ушул сыяктуу башка укуктарды же мүлктү камтыйт.

5. Макулдашууну чечмелөө

Бул Макулдашуунун OECD Конвенциясынын кирешеге жана капиталга моделинин же БУУнун өнүккөн жана өнүгүп жаткан өлкөлөрдүн ортосунда кош

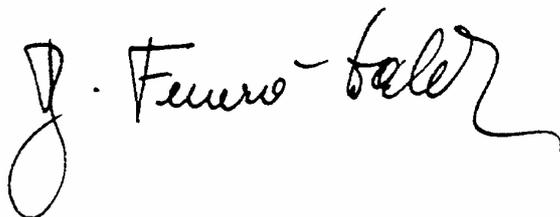
кабат салык салуудан качуу жөнүндө моделинин тийиштүү жоболоруна ылайык даярдалганы талашсыз жана негизинен OECDнин жана БУУнун кийинки комментарийлеринде аныкталган мааниде болот деп белгиленүүдө. Мындан мурдагы сүйлөмдүн жоболору бул Макулдашуу күчүнө киргенден кийин компетенттүү органдар менен макулдашылган бардык тескери чечмелөөлөргө карата колдонулбайт. Комментарийлер убак-убагы менен кайра карата турган болсо, 1969-жылдын 23-майындагы Келишимдер жөнүндө Мыйзам боюнча Вена Конвенциясында каралган эле маанилерди аныктайт.

OECDнин жана БУУнун моделдеринин комментарийлеринде аныкталган түшүндүрмөлөрдө ар башка пикирлер болсо, зарыл учурда жалпы түшүндүрмө берүү 25-статьяга ылайык өз ара макулдашуу жолу менен жетишилет.

Ушуну ырастоо үчүн кол коюуга атайын укук алышкан төмөнкүлөр бул Макулдашууга кол коюшту.

200 ¹ жылдын «18» сентябрда, Венада немец, кыргыз, орус жана англис тилдеринде 2 нускада түзүлдү жана бардык тексттер бирдей күчкө ээ. Чечмелөөдө ар башкача пикирлер болгон учурда англис тилиндеги текст чечүүчү болот.

Австрия Республикасы
үчүн



Dr. Benita Ferrero-Waldner

Кыргыз Республикасы
үчүн



Arzymat Dschaparowitsch Sulaimankulow

СОГЛАШЕНИЕ

между

Республикой Австрия

и

Кыргызской Республикой

**Об избежании двойного налогообложения
и предотвращении уклонения от налогообложения
в отношении налогов на доход и на капитал**

**Республика Австрия и Кыргызская Республика, желая заключить
Соглашение об избежании двойного налогообложения и предотвращении
уклонения от налогообложения в отношении налогов на доход и на
капитал, и подтверждая свое стремление развивать и укреплять
экономическое, научное, техническое и культурное сотрудничество,**

договорились о нижеследующем:

Статья 1

Лица, к которым применяется Соглашение

Настоящее Соглашение применяется к лицам, которые являются резидентами одного или обоих Договаривающихся Государств.

Статья 2

Налоги, на которые распространяется Соглашение

1. Настоящее Соглашение применяется к налогам на доходы и на капитал, взимаемых от имени Договаривающегося Государства, независимо от способа их взимания.

2. Налогами на доход и на капитал считаются все налоги, взимаемые с общей суммы дохода, с общей суммы капитала, или с элементов дохода или капитала, включая налоги с доходов от отчуждения движимого и недвижимого имущества, налоги, взимаемые с общей суммы заработной платы или жалованья, выплачиваемого предприятиями, а также налоги, взимаемые с доходов от прироста капитала.

3. Существующими налогами, на которые распространяется настоящее Соглашение, являются в частности:

а) в Австрии:

- 1) подоходный налог;
- 2) корпоративный налог;
- 3) земельный налог;
- 4) налог с сельскохозяйственных и лесных предприятий;
- 5) налог на стоимость пустующего участка земли,

(далее упомянутые как "австрийские налоги").

б) в Кыргызстане:

- 1) налог на прибыль и доходы с юридических лиц;
- 2) подоходный налог с физических лиц;
- 3) земельный налог.

(далее упомянутые как "налоги кыргызской стороны").

4. Настоящее Соглашение также применяется к любым идентичным или по существу аналогичным налогам, которые будут взиматься после даты подписания настоящего Соглашения в дополнение или вместо существующих налогов. Компетентные органы Договаривающихся Государств уведомят друг

друга о любых существенных изменениях, которые будут внесены в их соответствующие налоговые законодательства.

Статья 3

Общие определения

1. В целях настоящего Соглашения, если из контекста не вытекает иное:

- а) термин “Австрия” означает Республику Австрия;
- б) термин “Кыргызстан” означает Кыргызскую Республику. При использовании в географическом смысле термин “Кыргызстан” означает территорию, на которой Кыргызская Республика осуществляет суверенные права и юрисдикцию в соответствии с международным правом и на которой действует налоговое законодательство Кыргызской Республики;
- в) термины “Договаривающееся Государство” и “другое Договаривающееся Государство” означают Республику Австрия или Кыргызстан, в зависимости от контекста;
- г) термин “лицо” включает физическое лицо, компанию и любое другое объединение лиц;
- д) термин “компания” означает любое корпоративное объединение, или любое другое предприятие, которое для целей налогообложения рассматривается как корпоративное объединение;
- е) термины “предприятие Договаривающегося Государства” и “предприятие другого Договаривающегося Государства” означают соответственно предприятие, управляемое резидентом Договаривающегося Государства и предприятие, управляемое резидентом другого Договаривающегося Государства;
- ж) термин “международная перевозка” означает любую перевозку морским или воздушным судном, эксплуатируемого предприятием Договаривающегося Государства, кроме случаев, когда морское или воздушное судно, используется исключительно между пунктами в другом Договаривающемся Государстве;
- з) термин “компетентный орган” означает:
 - 1. в Австрии - Федеральный министр финансов или его уполномоченного представителя;
 - 2. в Кыргызстане - Министерство финансов или его уполномоченного представителя;
- и) термин “национальное лицо” означает:

1. любое физическое лицо, имеющее гражданство Договаривающегося Государства;
2. любое юридическое лицо, партнерство или ассоциацию, получивших свой статус в соответствии с действующим законодательством Договаривающегося Государства;

2. При применении настоящего Соглашения в любой момент Договаривающимся Государством, если из контекста не вытекает иное, то любой не определенный в нем термин будет иметь то значение, которое он имеет в данный момент по законодательству этого Государства, в отношении налогов, на которые распространяется настоящее Соглашение, любое значение, которое определено в соответствующем налоговом законодательстве этого Государства, преобладая над значением, определенного другим законодательством этого Государства.

Статья 4

Резидент

1. Для целей настоящего Соглашения термин “резидент Договаривающегося Государства” означает любое лицо, которое в соответствии с законодательством этого Государства подлежит в нем налогообложению на основании его постоянного места жительства, постоянного местопребывания, места управления или любого другого критерия аналогичного характера, а также включает данное Государство. Этот термин, однако, не включает любое лицо, которое подлежит налогообложению в этом Государстве, только в отношении дохода из источников в этом Государстве или в отношении находящегося в нем капитала.

2. Если согласно положений пункта 1 физическое лицо является резидентом обоих Договаривающихся Государств, его статус будет определяться следующим образом:

а) оно считается резидентом только того Государства, в котором оно располагает постоянным жилищем; если оно располагает постоянным жилищем в обоих Государствах, оно считается резидентом только того Государства, в котором оно имеет более тесные личные и экономические связи (центр жизненных интересов);

б) если Государство, в котором оно имеет центр жизненных интересов, не может быть определено, либо если оно не располагает постоянным жилищем ни в одном из этих Государств, оно считается резидентом только того Государства, в котором оно обычно проживает;

в) если оно обычно проживает в обоих Государствах, либо ни в одном из них, оно считается резидентом только того Государства, гражданином которого оно является;

г) если оно является гражданином обоих Государств, либо ни одного из них, компетентные органы Договаривающихся Государств будут стараться решать этот вопрос по взаимному согласованию.

3. Если согласно положений пункта 1 лицо, не являющееся физическим лицом, является резидентом обоих Договаривающихся Государств, оно считается резидентом только того Государства, в котором расположен его фактический руководящий орган.

Статья 5

Постоянное учреждение

1. Для целей настоящего Соглашения термин “постоянное учреждение” означает постоянное место деятельности, через которое полностью или частично осуществляется предпринимательская деятельность предприятия.

2. Термин “постоянное учреждение” главным образом включает:

а) место управления;

б) отделение;

в) контору;

г) фабрику;

д) мастерскую, и

е) шахту, нефтяную или газовую скважину, карьер или любое другое место добычи природных ресурсов.

3. Термин “постоянное учреждение” также включает:

а) строительную площадку или строительный или монтажный, или сборочный объект или услуги, связанные с наблюдением за выполнением этих работ, только в том случае, если такая площадка или объект существуют более 12 месяцев, или такие услуги продолжаются более чем 12 месяцев; и

б) оказание услуг, включая консультационные услуги, резидентом Договаривающегося Государства через служащих или другой персонал, нанятый резидентом для таких целей, но только если деятельность такого характера продолжается (для такого или связанного с ним проекта) на территории другого Договаривающегося Государства более чем 12 месяцев.

4. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, термин “постоянное учреждение” не включает:

а) использование сооружений исключительно с целью хранения, демонстрации или поставки товаров или изделий, принадлежащих предприятию;

б) содержание запасов товаров или изделий, принадлежащих предприятию, исключительно с целью хранения, демонстрации или поставки;

в) содержание запасов товаров или изделий, принадлежащих предприятию, исключительно с целью переработки другим предприятием;

г) содержание постоянного места деятельности исключительно с целью закупки товаров или изделий, либо сбора информации для предприятия;

д) содержание постоянного места деятельности исключительно с целью осуществления для предприятия любой другой деятельности подготовительного или вспомогательного характера;

е) содержание постоянного места деятельности исключительно для осуществления любой комбинации видов деятельности, перечисленных в подпунктах а) - д), при условии, что совокупная деятельность постоянного места деятельности, возникающая в результате такой комбинации, имеет подготовительный или вспомогательный характер.

5. Несмотря на положения пунктов 1 и 2, если лицо - иное, чем агент с независимым статусом, к которому применяется пункт 6 - действует от имени предприятия и имеет, и обычно использует в Договариваемом Государстве полномочия заключать контракты от имени предприятия, то это предприятие будет рассматриваться как имеющее постоянное учреждение в этом Государстве, в отношении любой деятельности, которую это лицо предпринимает для предприятия, за исключением, если деятельность этого лица ограничивается той, что упомянута в пункте 4, которая, если и осуществляется через постоянное место деятельности, не превращает это постоянное место деятельности в постоянное учреждение согласно положениям этого пункта.

6. Предприятие не будет считаться имеющим постоянное учреждение в Договариваемом Государстве только потому, что осуществляет предпринимательскую деятельность в этом Государстве через брокера, комиссионера, либо любого другого агента с независимым статусом, при условии, что такие лица действуют в рамках своей обычной деятельности.

7. Тот факт, что компания, которая является резидентом Договариваемого Государства, контролирует или контролируется компанией, которая является резидентом другого Договариваемого Государства, или осуществляет предпринимательскую деятельность в этом другом Государстве (либо через постоянное учреждение, либо иным образом), сам по себе не превращает одну из этих компаний в постоянное учреждение другой.

Статья 6

Доход от недвижимого имущества

1. Доход, получаемый резидентом Договаривающегося Государства от недвижимого имущества (включая доход от сельского и лесного хозяйства), находящегося в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в том другом Государстве.
2. Термин “недвижимое имущество” будет иметь то значение, которое он имеет по законодательству Договаривающегося Государства, в котором находится рассматриваемое имущество. Этот термин в любом случае включает имущество, вспомогательное по отношению к недвижимому имуществу, скот и оборудование, используемые в сельском и лесном хозяйстве, права, к которым применяются положения основного законодательства в отношении земельной собственности, *узурфрукт недвижимого имущества и права на переменные или фиксированные платежи в качестве компенсации за разработку или право на разработку минеральных запасов, источников и других природных ресурсов; морские, речные и воздушные суда не рассматриваются как недвижимое имущество.*
3. Положения пункта 1 применяются к доходу, полученному от прямого использования, сдачи в аренду или использования недвижимого имущества в любой другой форме.
4. Положения пунктов 1 и 3 применяются также к доходам от недвижимого имущества предприятия и к доходам от недвижимого имущества, используемого для оказания независимых личных услуг.

Статья 7

Прибыль от предпринимательской деятельности

1. Прибыль предприятия Договаривающегося Государства облагается налогом только в этом Государстве, если только такое предприятие не осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное там постоянное учреждение. Если предприятие осуществляет предпринимательскую деятельность, как сказано выше, прибыль предприятия может облагаться налогом в другом Государстве, но только в той части, которая относится к такому постоянному учреждению.
2. С учетом положений пункта 3, когда предприятие Договаривающегося Государства осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное там постоянное учреждение, то в каждом Договаривающемся Государстве к этому постоянному учреждению относится прибыль, которую оно могло бы получить, если бы оно было самостоятельным и отдельным предприятием, занятым такой же или аналогичной деятельностью при таких же или аналогичных условиях и

действовало бы в полной независимости от предприятия, постоянным учреждением которого оно является.

3. При определении прибыли постоянного учреждения допускается вычет расходов, понесенных для целей постоянного учреждения, включая управленческие и общие административные расходы, независимо от того, понесены ли эти расходы в Государстве, где находится постоянное учреждение, или где бы то ни было. Однако, такой вычет не допускается в отношении сумм (иных чем возмещение фактических расходов), выплачиваемых постоянным учреждением головному офису предприятия или любым из других его офисов, в качестве роялти, вознаграждений или других аналогичных платежей в обмен за пользование патентами или другими правами, или в качестве выплаты комиссионных за предоставленные услуги, или управление, или, за исключением банковских учреждений, в качестве выплаты процентов на сумму, предоставленную в качестве займа постоянному учреждению. Также при определении прибыли постоянного учреждения не принимаются во внимание суммы (иные, чем возмещение фактических расходов), выплачиваемых постоянным учреждением головному офису предприятия или любым из других его офисов, в качестве роялти, вознаграждений или других аналогичных платежей в обмен за пользование патентами или другими правами, или в качестве выплаты комиссионных за предоставленные услуги, или управление, или, за исключением банковских учреждений, в качестве выплаты процентов на сумму, предоставленную в качестве займа головному офису предприятия или любому из других его офисов.

4. Если Договаривающимся Государством определено определение прибыли, относящейся к постоянному учреждению на основе пропорционального распределения общей суммы прибыли предприятия по его различным подразделениям, является обычной практикой, ничто в пункте 2 не запрещает Договаривающемуся Государству определять налогооблагаемую прибыль посредством такого распределения, как это обычно принято; выбранный метод распределения должен давать результаты в соответствии с принципами, содержащимися в этой статье.

5. Никакая прибыль не может быть отнесена к постоянному учреждению по причине только закупок товаров или изделий этим постоянным учреждением для предприятия.

6. Для целей предыдущих пунктов, прибыль относящаяся к постоянному учреждению определяется ежегодно одним и тем же методом, если не имеется веских и достаточных оснований для изменения установленного метода.

7. Если прибыль включает элементы дохода, которые отдельно рассматриваются в других статьях настоящего Соглашения, то положения этих статей не затрагиваются положениями настоящей статьи.

Статья 8

Международные перевозки

1. Прибыль, получаемая предприятием Договаривающегося Государства от эксплуатации морских или воздушных судов в международной перевозке, облагается налогом только в этом Государстве.

2. Для целей настоящей статьи, прибыль, получаемая предприятием Договаривающегося Государства от эксплуатации морских или воздушных судов в международной перевозке, включает:

а) прибыль, получаемую от сдачи в аренду полностью оборудованного судна с экипажем или без экипажа;

б) прибыль, получаемую от использования или сдачи в аренду контейнеров (включая трейлеры и относящееся к ним оборудование для транспортировки контейнеров), используемых в международных перевозках,

если такая прибыль второстепенна по отношению к прибыли, к которой применяются положения пункта 1.

3. Положения пункта 1 также распространяется на прибыль от участия в пуле, в совместном предприятии, либо в международной организации по эксплуатации транспортных средств.

Статья 9

Ассоциированные предприятия

1. Если:

а) предприятие Договаривающегося Государства участвует прямо или косвенно в управлении, контроле или капитале предприятия другого Договаривающегося Государства; или

б) одни и те же лица участвуют прямо или косвенно в управлении, контроле или капитале предприятия одного Договаривающегося Государства и предприятия другого Договаривающегося Государства,

и в обоих случаях условия, создавшиеся или установившиеся между двумя предприятиями в их коммерческих или финансовых отношениях, отличаются от тех, которые могли бы сложиться между двумя независимыми предприятиями, то тогда любая прибыль, которая могла быть начислена одному из предприятий, но по причине этих условий не была ему начислена, может быть включена в прибыль данного предприятия и, соответственно, обложена налогом.

2. Если Договаривающееся Государство включает в прибыль предприятия этого Государства - и соответственно облагает налогом - прибыль, по которой предприятие другого Договаривающегося Государства облагается налогом в этом другом Государстве и прибыль, включенная таким образом, является прибылью, которая была бы начислена предприятию первого упомянутого Государства, если бы условия, созданные между двумя предприятиями были бы такими, которые существуют между независимыми предприятиями, тогда это другое Государство может сделать соответствующие корректировки к сумме налога, взимаемого с этой прибыли. При определении такой корректировки должны быть учтены другие положения настоящего Соглашения, а компетентные органы Договаривающихся Государств будут при необходимости консультироваться друг с другом.

Статья 10

Дивиденды

1. Дивиденды, выплачиваемые компанией - резидентом Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Однако, такие дивиденды могут также облагаться налогом в Договаривающемся Государстве, резидентом которого является компания, выплачивающая дивиденды, в соответствии с законодательством этого Государства, но если фактический владелец дивидендов является резидентом другого Договаривающегося Государства, то взимаемый таким образом налог не будет превышать:

а) 5% от общей суммы дивидендов, если фактическим владельцем дивидендов является компания (иная, чем товарищество), которая владеет прямо, по крайней мере, 25 % капитала компании, выплачивающей дивиденды;

б) 15% от общей суммы дивидендов во всех остальных случаях.

Этот пункт не затрагивает налогообложение компании в отношении прибыли, из которой выплачиваются дивиденды.

3. Термин "дивиденды" для использования в настоящей статье означает доходы от акций, акций "жуиссанс" или прав "жуиссанс", акций горнодобывающей промышленности, акций учредителей или других прав, не являющихся долговыми требованиями, участвующими в прибыли, а также доход от других корпоративных прав, приравненный в отношении налогообложения к доходам от акций в соответствии с законодательством того Государства, резидентом которого является компания, распределяющая прибыль.

4. Положения пунктов 1 и 2 не применяются, если фактический владелец дивидендов, будучи резидентом Договаривающегося Государства,

осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договариваемом Государстве, резидентом которого является компания, выплачивающая дивиденды, через расположенное в нем постоянное учреждение, или оказывает в этом другом Договариваемом Государстве независимые личные услуги с расположенной там постоянной базой, и холдинг, в отношении которого выплачиваются дивиденды, действительно связан с таким постоянным учреждением или такой постоянной базой. В таком случае применяются положения статей 7 или 14, в зависимости от обстоятельств.

5. Если компания, которая является резидентом Договариваемого Государства, получает прибыль или доход из другого Договариваемого Государства, то это другое Государство не может взимать любой налог с дивидендов, выплачиваемых компанией, за исключением, если такие дивиденды выплачиваются резиденту этого другого Договариваемого Государства или если холдинг, в отношении которого выплачиваются дивиденды, действительно относится к постоянному учреждению или постоянной базе, расположенным в этом другом Государстве, и с нераспределенной прибыли компании не может взимать налог на нераспределенную прибыль, даже если выплачиваемые дивиденды или нераспределенная прибыль состоят полностью или частично из прибыли или дохода, возникающей в этом другом Государстве.

Статья 11

Проценты

1. Проценты, возникающие в одном Договариваемом Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договариваемого Государства, могут облагаться налогами в этом другом Государстве.

2. Однако, такие проценты могут также облагаться налогом в Договариваемом Государстве, в котором они возникают в соответствии с законодательством этого Государства, но если фактический владелец процентов является резидентом другого Договариваемого Государства, то взимаемый таким образом налог не будет превышать 10 % от общей суммы процентов. Компетентные органы Договаривающихся Государств по взаимному согласованию устанавливают способ применения этого ограничения.

3. Независимо от положений пункта 2, проценты освобождаются от налога в Договариваемом Государстве, в котором они возникают, если это:

а) проценты, выплачиваемые другому Договариваемому Государству или Национальному Банку этого Государства;

б) проценты, выплачиваемые в отношении займа или кредита, гарантированного или застрахованного Центральным Банком Австрии или аналогичным кыргызским государственным учреждением, целью которого является содействие экспорту.

4. Термин “проценты” при использовании в настоящей статье означает доход от долговых требований любого вида, обеспеченных или не обеспеченных залогом, дающих или не дающих право на участие в прибыли должника и, в частности, доход от правительственных ценных бумаг и доход от облигаций или долговых обязательств, включая премии и выигрыши по этим ценным бумагам, облигациям или долговым обязательствам. Штрафы за несвоевременные выплаты не рассматриваются в качестве процентов для целей настоящей статьи.

5. Положения пункта 1, 2 и 3 не применяются, если фактический владелец процентов, будучи резидентом одного Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, в котором возникают проценты через находящееся там постоянное учреждение, или оказывает в этом Государстве независимые личные услуги с находящейся там постоянной базы, и долговое требование, на основании которого выплачиваются проценты, действительно относится к такому постоянному учреждению или постоянной базе. В таком случае, в зависимости от обстоятельств, применяются положения статьи 7 или 14 .

6. Считается, что проценты возникают в Договаривающемся Государстве, если плательщиком является резидент этого Государства. Если, однако, лицо, выплачивающее проценты, независимо от того, является ли оно резидентом Договаривающегося Государства или нет, имеет в Договаривающемся Государстве постоянное учреждение или постоянную базу, в связи с которыми возникла задолженность, по которой выплачиваются проценты, и такие проценты выплачиваются таким постоянным учреждением или постоянной базой, то считается, что такие проценты возникают в Государстве, в котором расположены постоянное учреждение или постоянная база.

7. Если по причине особых отношений между плательщиком и фактическим владельцем процентов, или между ними обоими и каким-либо третьим лицом, сумма процентов, относящаяся к долговому требованию, на основании которого она выплачивается, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и фактическим владельцем процентов при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная часть платежа по прежнему подлежит налогообложению в соответствии с законодательством каждого Договаривающегося Государства с должным учетом других положений настоящего Соглашения.

Статья 12

Роялти

1. Роялти, возникающие в одном Договариваемом Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договариваемого Государства, могут облагаться в этом другом Государстве.
2. Однако, такие роялти могут также облагаться налогом в Договариваемом Государстве, в котором они возникают в соответствии с законодательством этого Государства, но если фактический владелец роялти является резидентом другого Договариваемого Государства, то взимаемый таким образом налог не будет превышать 10 % от общей суммы роялти. Компетентные органы Договариваемых Государств по взаимному согласованию устанавливают способ применения этого ограничения.
3. Термин “роялти” при использовании в настоящей статье означает платежи любого вида, получаемые в качестве вознаграждения за использование или за предоставление права использования авторских прав на любые произведения литературы, искусства или научные труды, включая программное обеспечение, кино- и видео- фильмы или записи для телевидения и радио, любой патент, торговую марку, дизайн или модель, план, секретную формулу или процесс, или за использование или за предоставление права использования промышленного, коммерческого или научного оборудования, или за информацию, касающуюся промышленного, коммерческого или научного опыта.
4. Положения пункта 1 и 2 не применяются, если фактический владелец роялти, будучи резидентом Договариваемого Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договариваемом Государстве, в котором возникают роялти через расположенное там постоянное учреждение, либо оказывает в том другом Государстве независимые личные услуги с расположенной там постоянной базы, и право или имущество, в отношении которых выплачиваются роялти, фактически связаны с таким постоянным учреждением или постоянной базой. В этом случае, в зависимости от обстоятельств, применяются положения статьи 7 или 14.
5. Роялти считаются возникшими в Договариваемом Государстве, если плательщиком является резидент этого Государства. Если, однако, лицо, выплачивающее роялти, не независимо от того, является ли оно резидентом Договариваемого Государства или нет, имеет в Договариваемом Государстве постоянное учреждение или постоянную базу, в связи с которым право или имущество, дающее возникновение роялти, действительно связаны и расходы по выплате таких роялти несет данное постоянное учреждение или постоянная база, то тогда эти роялти считаются возникшими в том Государстве, в котором расположено постоянное учреждение или постоянная база.
6. Если по причине особых взаимоотношений между плательщиком и фактическим владельцем роялти, либо между ними обоими и каким-либо третьим лицом, сумма роялти, относящаяся к использованию, праву или

информации, на основании которых они выплачиваются, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и фактическим владельцем при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае, превышающая часть платежа попрежнему подлежит налогообложению в соответствии с налоговым законодательством каждого Договаривающегося Государства, с должным учетом других положений настоящего Соглашения.

Статья 13

Доходы с капитала

1. Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства от отчуждения недвижимого имущества, упомянутого в статье 6 и расположенного в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Доходы от отчуждения движимого имущества, составляющего часть коммерческого имущества постоянного учреждения, которое предприятие Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или от движимого имущества, принадлежащего постоянной базе в распоряжении резидента одного Договаривающегося Государства и находящейся в другом Договаривающемся Государстве, в целях оказания независимых личных услуг, включая доходы от отчуждения такого постоянного учреждения (отдельно или в совокупности со всем предприятием), либо такой постоянной базы, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

3. Доходы, полученные предприятием Договаривающегося Государства от отчуждения морских или воздушных судов, используемых в международных перевозках, или движимого имущества, относящегося к эксплуатации таких морских или воздушных судов, облагаются налогом только в этом Государстве.

4. Доходы, полученные резидентом Договаривающегося Государства от отчуждения акций или других корпоративных прав компании, активы которой прямо или косвенно состоят полностью или в основном из недвижимого имущества, находящегося в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

5. Доходы от отчуждения какого-либо имущества, иного, чем упомянутого в пунктах 1, 2, 3 и 4, облагаются налогом только в том Договаривающемся Государстве, резидентом которого является лицо, отчуждающее имущество.

Статья 14

Независимые личные услуги

1. Доход, получаемый резидентом Договаривающегося Государства, от оказания профессиональных услуг или другой деятельности независимого

характера, облагается налогом только в этом Государстве, за исключением случаев, когда он располагает регулярно доступной ему постоянной базой в другом Договариваемом Государстве для осуществления его деятельности. Если у него имеется такая постоянная база, доход может облагаться налогом в другом Государстве, но только в той части, которая относится к этой постоянной базе.

2. Термин “профессиональные услуги” включает, в частности, независимую научную, литературную, артистическую, образовательную или педагогическую деятельность, а также независимую деятельность врачей, юристов, инженеров, архитекторов, стоматологов и бухгалтеров.

Статья 15

Зависимые личные услуги

1. С учетом положений статьей 16, 18 и 19 жалование, заработная плата и другие подобные вознаграждения, получаемые резидентом Договариваемого Государства в связи с работой по найму, облагаются налогом только в этом Государстве, если только работа по найму не осуществляется в другом Договариваемом Государстве. Если работа по найму осуществляется таким образом, вознаграждение, получаемое в связи с этим, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Несмотря на положения пункта 1, вознаграждения, получаемые резидентом Договариваемого Государства в связи с работой по найму, осуществляемой в другом Договариваемом Государстве, облагаются налогом только в первом упомянутом Государстве, если:

а) получатель находится в другом Государстве в течение периода или периодов, не превышающих в совокупности 183 дней в любом 12-месячном периоде, начинающегося или заканчивающегося в соответствующем финансовом году; и

б) вознаграждение выплачивается нанимателем или от имени нанимателя, не являющегося резидентом другого Государства, и

в) вознаграждение не выплачивается постоянным учреждением или постоянной базой, которую наниматель имеет в другом Государстве.

3. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, вознаграждение, получаемое в связи с работой по найму, осуществляемой на борту морского или воздушного судна, эксплуатируемого в международных перевозках предприятием Договариваемого Государства, может облагаться налогом в этом Государстве.

Статья 16

Вознаграждение директоров

Вознаграждения директоров и другие аналогичные выплаты, получаемые резидентом Договаривающегося Государства в качестве члена совета директоров компании, которая является резидентом другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

Статья 17

Артисты и спортсмены

1. Независимо от положений статей 7, 14 и 15 доход, получаемый резидентом Договаривающегося Государства в качестве работника искусств, такого как артист театра, кино, радио или телевидения, или музыканта, или в качестве спортсмена от его личной деятельности, осуществляемой в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Если доход от личной деятельности, осуществляемой работником искусства или спортсменом в своем качестве, начисляется не самому работнику искусства или спортсмену, а другому лицу, то этот доход, несмотря на положения статей 7, 14 и 15, может облагаться налогом в Договаривающемся Государстве, в котором работник искусства или спортсмен осуществляет свою деятельность.

3. Несмотря на положения пунктов 1 и 2 доход, упомянутый в настоящей статье, освобождается от налога в Договаривающемся Государстве, в котором осуществляется деятельность артиста или спортсмена, если такая деятельность осуществляется в этом Государстве в рамках программы культурного или спортивного обмена, одобренной Договаривающимися Государствами.

Статья 18

Пенсии

1. С учетом положений пункта 2 статьи 19, пенсии и другие подобные вознаграждения, выплачиваемые резиденту Договаривающегося Государства в отношении прошлой работы по найму, облагаются налогом только в этом Государстве. Это положение также применяется к аннуитетам, выплачиваемым резиденту Договаривающегося Государства.

2. Термин "аннуитет" означает установленную сумму, подлежащей выплате периодически в установленное время в течение жизни или в течение определенного или конкретно установленного периода времени, в соответствии

с обязательством производить платежи взамен на адекватное и полное вознаграждение в денежном или стоимостном выражении.

Статья 19

Государственная служба

1. а) Жалованье, заработная плата и другие подобные вознаграждения, иные, чем пенсия, выплачиваемые Договаривающимся Государством, физическому лицу в отношении услуг, оказываемых этому Государству, облагаются налогом только в этом Государстве.

б) Однако, такое жалованье, заработная плата и другие подобные вознаграждения облагаются налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если услуги оказываются в этом Государстве и физическое лицо является резидентом этого Государства, которое:

- 1) является национальным лицом этого Государства; или
- 2) не стало резидентом этого Государства только в целях оказания услуг.

2. а) Любая пенсия, выплачиваемая Договаривающимся Государством, или из созданных ими фондов физическому лицу за службу, осуществляемую для этого Государства, облагается налогом только в этом Государстве.

б) Однако, такая пенсия облагается налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если физическое лицо является резидентом и национальным лицом этого Государства.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются также в отношении вознаграждения, выплачиваемого Внешнеторговому Представительству Австрии в Кыргызстане и членам персонала Внешнеторгового Представительства Австрии в Кыргызстане.

4. Положения статей 15, 16, 17 и 18 применяются к жалованью, заработной плате и другим подобным вознаграждениям, и к пенсиям в отношении службы, оказанной в связи с предпринимательской деятельностью, осуществляемой Договаривающимся Государством.

Статья 20

Студенты

Выплаты, получаемые студентом или стажером, который является или являлся непосредственно до приезда в одно Договаривающееся Государство резидентом другого Договаривающегося Государства и находящийся в первом упомянутом Государстве исключительно с целью обучения или получения образования, и предназначенные для целей проживания, обучения и получения

образования, не облагаются налогом в этом Государстве, при условии, что такие выплаты возникают из источников, находящихся за пределами этого Государства.

Статья 21

Другие доходы

1. Виды доходов резидента Договаривающегося Государства, независимо от источника их возникновения, не упомянутые в предыдущих статьях настоящего Соглашения, подлежат налогообложению только в этом Государстве.

2. Положения пункта 1 не применяются к доходам, иным, чем доходы от недвижимого имущества, определенного в пункте 2 статьи 6, если получатель таких доходов, будучи резидентом одного Договаривающегося Государства, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве через расположенное в нем постоянное учреждение или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги с находящейся там постоянной базы, и право или имущество, в связи с которыми получен доход, действительно связаны с таким постоянным учреждением или постоянной базой. В таком случае применяются положения статьи 7 или 14, в зависимости от обстоятельств.

Статья 22

Капитал

1. Капитал в виде недвижимого имущества, упомянутого в статье 6, принадлежащий резиденту Договаривающегося Государства и находящийся в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Капитал в виде движимого имущества, являющийся частью производственного имущества постоянного учреждения, которое предприятие одного Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или в виде движимого имущества, относящегося к постоянной базе, имеющейся в распоряжении резидента Договаривающегося Государства в другом Договаривающемся Государстве в целях оказания независимых личных услуг, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

3. Капитал в виде морских и воздушных судов, эксплуатируемых в международных перевозках предприятием Договаривающегося Государства и в виде движимого имущества, относящегося к эксплуатации этих морских или воздушных судов, облагается налогом только в этом Договаривающемся Государстве.

4. Капитал в виде акций или других корпоративных прав компании, активы которой состоят главным образом из недвижимого имущества, расположенного в Договариваемом Государстве, может облагаться в этом Договариваемом Государстве.

5. Все другие элементы капитала резидента Договариваемого Государства облагаются налогом только в этом Государстве.

Статья 23

Устранение двойного налогообложения

1. В случае Австрии двойное налогообложение устраняется следующим образом:

а) если резидент Австрии получает доход или владеет капиталом, который в соответствии с положениями настоящего Соглашения может облагаться налогом в Кыргызстане, то Австрия с учетом положений подпункта б) и пункта 3, освобождает этот доход или капитал от налогообложения.

б) если резидент Австрии получает виды дохода, которые в соответствии с положениями пункта 2 статьи 10, 11, 12 и пункта 4 статьи 13 могут облагаться налогом в Кыргызстане, то Австрия позволит вычесть из налога на доход этого резидента сумму, равную налогу, уплаченному в Кыргызстане. Такой вычет, однако, не должен превышать ту часть налога, которая была исчислена до предоставления вычета и относится к таким видам дохода, полученного в этом другом Государстве.

2. В случае Кыргызстана двойное налогообложение устраняется следующим образом:

Если резидент Кыргызстана получает доход или владеет капиталом, который в соответствии с положениями настоящего Соглашения может облагаться налогом в Австрии, Кыргызстан позволит:

а) в качестве вычета из налога на доход этого резидента сумму, равную подоходному налогу, уплаченному в Австрии;

б) в качестве вычета из налога на капитал этого резидента сумму, равную налогу на капитал, уплаченному в Австрии.

Такой вычет в обоих случаях, однако, не должен превышать ту часть подоходного налога или налога на капитал, исчисленную до предоставления вычета и относящуюся, в зависимости от обстоятельств, к доходу или капиталу, которые могут облагаться налогом в Австрии.

3. Если, в соответствии с любыми положениями настоящего Соглашения полученный доход или капитал, принадлежащий резиденту Договариваемого Государства, освобожден от налога в этом Государстве, то это Государство

может, тем не менее, при подсчете суммы налога на остальную часть дохода или капитала этого резидента, принять во внимание освобожденный от налога доход или капитал.

Статья 24

Не дискриминация

1. Национальные лица Договаривающегося Государства не будут подвергаться в другом Договаривающемся Государстве какому-либо налогообложению или связанному с ним обязательству, которые являются иными, либо более обременительными, чем налогообложение и связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться национальные лица этого другого Государства при тех же обстоятельствах, в частности, в отношении резидентства. Данное положение также применяется, несмотря на положения статьи 1, в отношении лиц, которые не являются резидентами одного или обоих Договаривающихся Государств.

2. Лица без гражданства, являющиеся резидентами Договаривающегося Государства, не будут подвергаться ни в каком из Договаривающихся Государств какому-либо налогообложению, либо связанным с ним обязательством, иным или более обременительным, чем налогообложение и связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться национальные лица данного Государства при тех же обстоятельствах, в частности, в отношении резидентства.

3. Налогообложение постоянного учреждения, которое предприятие одного Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, не должно быть менее благоприятным в этом другом Государстве, чем налогообложение предприятия этого другого Государства, осуществляющего такую же деятельность. Данное положение не должно истолковываться как обязывающее одно Договаривающееся Государство предоставлять резидентам другого Договаривающегося Государства какие-либо личные льготы, вычеты и скидки для целей налогообложения на основании их гражданского статуса или семейных обязательств, которые оно предоставляет своим собственным резидентам.

4. За исключением случаев, когда применяются положения пункта 1 статьи 9, пункта 7 статьи 11 или пункта 6 статьи 12, проценты, роялти и другие выплаты, производимые предприятием одного Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства, должны, в целях определения налогооблагаемой прибыли такого предприятия, подлежать вычету на тех же условиях, как если бы они выплачивались резиденту первого упомянутого Государства. Аналогично любая задолженность предприятия одного Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства должна в целях определения налогооблагаемого капитала этого предприятия, вычитаться на тех же условиях, что и задолженность резиденту первого упомянутого Государства.

5. Предприятия одного Договаривающегося Государства, капитал которых полностью или частично принадлежит или контролируется, прямо или косвенно, одним или более резидентами другого Договаривающегося Государства, не подвергаются в первом упомянутом Государстве какому-либо налогообложению или связанным с ним обязательствам, которые являются иными или более обременительным, чем налогообложение или связанные с ним обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться другие подобные предприятия первого упомянутого Договаривающегося Государства.

6. Несмотря на положения статьи 2, положения настоящей статьи применяются к налогам любого рода и вида.

Статья 25

Процедура взаимного согласования

1. Если лицо считает, что действия одного или обоих Договаривающихся Государств приводят или приведут к его налогообложению не в соответствии с положениями настоящего Соглашения, это лицо может, независимо от средств защиты, предусмотренных национальным законодательством этих Государств, представить свое дело для рассмотрения в компетентный орган Договаривающегося Государства, резидентом которого оно является, или если его случай подпадает под пункт 1 статьи 24 того Договаривающегося Государства, национальным лицом которого оно является. Заявление должно быть представлено в течение 3 лет с момента первого уведомления о действиях, приводящих к налогообложению не в соответствии с положениями Соглашения.

2. Компетентный орган будет стремиться, если он сочтет претензию обоснованной, и если он сам не может самостоятельно прийти к удовлетворительному решению, решить вопрос по-взаимному согласованию с компетентным органом другого Договаривающегося Государства с целью избежания налогообложения, не соответствующего настоящему Соглашению. Любая достигнутая договоренность должна выполняться независимо от каких-либо временных ограничений, предусмотренных национальным законодательством Договаривающихся Государств.

3. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут стремиться разрешать по взаимному согласованию любые трудности или сомнения, возникающие при толковании или применении положений настоящего Соглашения. Они могут также проводить совместные консультации в случаях, не предусмотренных в данном Соглашении.

4. Компетентные органы Договаривающихся Государств могут непосредственно консультироваться друг с другом, включая создание совместной комиссии, членами которой могут быть сами компетентные органы или их представители, в целях достижения соглашений в понимании предыдущих пунктов.

Статья 26

Обмен информацией

1. Компетентные органы Договаривающихся Государств обмениваются такой информацией, которая необходима для выполнения положений настоящего Соглашения. Любая информация, полученная Договаривающимся Государством считается конфиденциальной, как и информация, полученная в рамках национального законодательства этого Государства, и сообщается только тем лицам и органам (включая суды и административные органы), которые занимаются исчислением или сбором, принудительным взысканием или судебным преследованием, а также рассмотрением апелляций в отношении налогов, к которым применяется настоящее Соглашение. Такие лица или органы используют эту информацию только для этих целей. Они могут раскрывать эту информацию в ходе открытого судебного заседания или при принятии судебных решений. Даже в таких случаях в конфиденциальности личных данных, имеющих отношение к этому, может быть отказано только в тех случаях, когда необходимо охранять преобладающие и законные интересы другого лица или преобладающие государственные интересы.

2. Ни в коем случае положения пункта 1 не должны трактоваться как обязывающие Договаривающееся Государство:

а) предпринимать административные меры, противоречащие законам и административной практике того или другого Договаривающегося Государства;

б) предоставлять информацию, которую нельзя получить по законодательству или в ходе обычной административной практики того или другого Договаривающегося Государства;

в) предоставлять информацию, которая бы раскрывала какую-либо торговую, предпринимательскую, промышленную, коммерческую или профессиональную тайну, либо торговый процесс, либо передавать информацию, разглашение которой противоречило бы государственной политике (*ordre public*) или основным правам, предоставленным Государством, в частности, в области защиты данных.

Статья 27

Члены дипломатических миссий и консульских служб

Никакие положения настоящего Соглашения не затрагивают налоговых привилегий членов дипломатических миссий и консульских служб, предоставленных общими нормами международного права или на основании специальных соглашений.

Статья 28

Вступление в силу

1. Договаривающиеся Государства уведомят друг друга о выполнении процедур, требуемых их соответствующим законодательством, для вступления в силу настоящего Соглашения.
2. Соглашение вступает в силу в первый день третьего месяца после даты последнего уведомления, упомянутого в пункте 1 настоящей статьи, и его положения будут иметь действие в отношении налогов для любого финансового года, начинающегося после 31 декабря календарного года, в котором Соглашение вступило в силу.

Статья 29

Прекращение действия

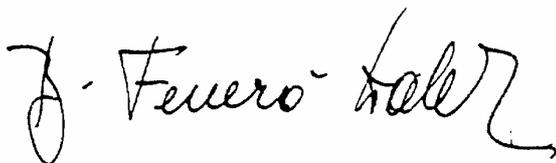
Настоящее Соглашение остается в силе до тех пор, пока одно из Договаривающихся Государств не прекратит его действие. Каждое из Договаривающихся Государств может прекратить действие настоящего Соглашения, письменно уведомив по дипломатическим каналам о прекращении действия Соглашения до или 30 июня календарного года, по истечении 5 лет со дня вступления в силу настоящего Соглашения. В таком случае, настоящее Соглашение прекращает свое действие в отношении налогов для любого финансового года, начинающегося после 31 декабря календарного года, в котором подано уведомление о прекращении его действия.

В подтверждение чего, представители обоих Договаривающихся Государств, должным образом уполномоченные на это, подписали настоящее Соглашение.

Совершено в 2-х экземплярах в Вене "18" сентября 2001 года на немецком, кыргызском, английском и русском языках, причем все тексты имеют одинаковую силу. В случае расхождения в толковании, английский текст будет определяющим.

За Республику Австрия

За Кыргызскую Республику



Dr. Benita Ferrero-Waldner



Arzymat Dschaparowitsch Sulaimankulow

ПРОТОКОЛ

При подписании Соглашения между Республикой Австрия и Кыргызской Республикой об избежании двойного налогообложения и предотвращении уклонения от налогообложения в отношении налогов на доход и на капитал, нижеподписавшиеся согласились о том, что следующие положения являются неотъемлемой частью Соглашения:

1. К статье 2 пункт 1, к статье 4 пункт 1 и к статье 19

В случае Австрии термин “Договаривающееся Государство” или “Государство” при использовании в вышеупомянутых положениях включает также политические подразделения в соответствии с формулировкой соответствующих положений в модели Конвенции OECD на доход и на капитал.

2. К статье 7

Очевидно, что термин “прибыль” при использовании в данной статье включает прибыль, полученную любым партнером от его участия в товариществе и в любом другом объединении лиц, которое рассматривается таким же образом в целях налогообложения, и в случае Австрии от участия в слипинговом партнерстве, существующем по законодательству Австрии.

3. К статье 10, 11 и 12

Если между Кыргызстаном и любым другим государством-участником Европейского Союза будет заключено Соглашение или Конвенция, где Кыргызстан согласится со ставкой налога на дивиденды, проценты или роялти, которые будут ниже, чем ставки, установленные в настоящем Соглашении, Кыргызстан вступит в переговоры с Австрией по пересмотру ставок, указанных в пунктах 2 статьи 10, 11 и 12 настоящего Соглашения.

4. К статье 22 и 23

Очевидно, что термин “капитал” означает движимое и недвижимое имущество и включает (но не ограничивается этим) денежные средства, акции или другие доказательства права собственности, долговые расписки, облигации или другие доказательства задолженности и патенты, торговые марки, авторские права или другие подобные права или имущество.

5. Интерпретация Соглашения

Очевидно, что положения настоящего Соглашения, которые подготовлены согласно соответствующих положений модели Конвенции OECD на доход и на капитал или модели Конвенции ООН об избежании двойного налогообложения между развитыми и развивающимися странами, предполагается, будут в основном иметь то же значение, определенное в последующих комментариях OECD и ООН. Положения предыдущего

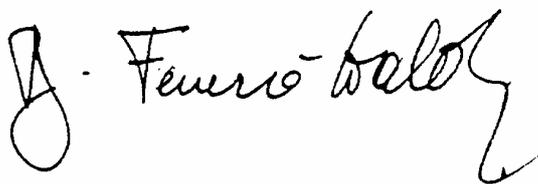
предложения не будет применяться в отношении любого обратного толкования, согласованного компетентными органами после вступления в силу настоящего Соглашения. Комментарии, в случае их пересмотра время от времени, устанавливают те же значения толкования, предусмотренные в Венской Конвенции о Законе о договорах от 23 мая 1969 года. В случае возникновения расхождений в толковании, определенных в комментариях моделей OECD и ООН, при необходимости общее толкование может быть достигнуто путем взаимного согласования в соответствии со статьей 25 Соглашения.

В подтверждение чего, нижеподписавшиеся, должным образом уполномоченные на это, подписали настоящий Протокол.

Совершено в 2-х экземплярах в Вене " 18 " сентября 2001 года на немецком, кыргызском, английском и русском языках, причем все тексты имеют одинаковую силу. В случае возникновения расхождений в толковании, английский текст будет определяющим.

За Республику Австрия

За Кыргызскую Республику



Dr. Benita Ferrero-Waldner

Arzamat Dschaparowitsch Sulaimankulow

AGREEMENT**BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE KYRGYZ REPUBLIC FOR
THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION AND THE PREVENTION OF FISCAL
EVASION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL**

The Republic of Austria and the Kyrgyz Republic, desiring to conclude an Agreement for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income and on capital, and to develop and strengthen economic, scientific, technical and cultural co-operation

Have agreed as follows:

Article 1**PERSONS COVERED**

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2**TAXES COVERED**

(1) This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which the Agreement shall apply are in particular:

a) in Austria:

- i) the income tax (die Einkommensteuer);
 - ii) the corporation tax (die Körperschaftsteuer);
 - iii) the land tax (die Grundsteuer);
 - iv) the tax on agricultural and forestry enterprises (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);
 - v) the tax on the value of vacant plots (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);
- (hereinafter referred to as “Austrian taxes”);

b) in Kyrgyzstan :

- i) the profits tax on legal persons;
 - ii) the income tax on individuals;
 - iii) the land tax;
- (hereinafter referred to as “Kyrgyz taxes”).

(4) The Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes which are imposed after the date of signature of the Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes which have been made in their respective taxation laws.

Article 3**GENERAL DEFINITIONS**

(1) For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

- a) the term “Austria” means the Republic of Austria;
- b) the term “Kyrgyzstan” means the Kyrgyz Republic. When used in the geographical terms the term “Kyrgyzstan” means the territory on which the Kyrgyz Republic carries out sovereign rights and jurisdiction in accordance with the international law and in which the taxation laws of the Kyrgyz Republic are in force;
- c) the terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” mean Austria or Kyrgyzstan as the context requires;
- d) the term “person” includes an individual, a company and any other body of persons;

- e) the term “company” means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;
- f) the terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- g) the term “international traffic” means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- h) the term “competent authority” means:
 - i) in Austria: the Federal Minister of Finance or his authorised representative;
 - ii) in Kyrgyzstan: the Ministry of Finance or its authorised representative;
- i) the term “national” means:
 - i) any individual possessing the nationality of a Contracting State;
 - ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in a Contracting State.

(2) As regards the application of the Agreement at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Agreement applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4

RESIDENT

(1) For the purposes of this Agreement, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5

PERMANENT ESTABLISHMENT

(1) For the purposes of this Agreement, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term “permanent establishment” includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;

- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) The term “permanent establishment” also includes:

- a) a building site or construction or installation or assembly project, or supervisory services connected therewith, but only if such site or project lasts more than twelve months or such services continue for more than twelve months; and
- b) the furnishing of services, including consultancy services, by a resident of a Contracting State through employees or other personnel engaged by the resident for such purpose, but only where the activities of that nature continue (for the same or connected project) within the other Contracting State for more than twelve months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term “permanent establishment” shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in subparagraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person – other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies – is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term “immovable property” shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7

BUSINESS PROFITS

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere. However, no such deduction shall be allowed in respect of amounts, if any, paid (otherwise than towards reimbursement of actual expenses) by the permanent establishment to the head office of the enterprise or any of its other offices, by way of royalties, fees or other similar payments in return for the use of patents or other rights, or by way of commission, for specific services performed or for management, or, except in the case of a banking enterprise, by way of interest on moneys lent to the permanent establishment. Likewise, no account shall be taken, in the determination of the profits of a permanent establishment, for amounts charged (otherwise than towards reimbursement of actual expenses), by the permanent establishment to the head office of the enterprise or any of its other offices, by way of royalties, fees or other similar payments in return for the use of patents or other rights, or by way of commission for specific services performed or for management, or, except in the case of a banking enterprise, by way of interest on moneys lent to the head office of the enterprise or any of its other offices.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

SHIPPING AND AIR TRANSPORT

(1) Profits derived by an enterprise of a Contracting State from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in that State.

(2) For the purposes of this Article, profits derived by an enterprise of a Contracting State from the operation of ships or aircraft in international traffic shall include inter alia:

- a) profits derived from the rental on a full basis or on a bare boat basis of ships or aircraft;
- b) profits derived from the use or rental of containers (including trailers and related equipment for the transport of containers) used in international traffic,

if such profits are incidental to profits to which the provisions of paragraph 1 apply.

(3) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9

ASSOCIATED ENTERPRISES

(1) Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State – and taxes accordingly – profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Agreement and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10

DIVIDENDS

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- b) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term “dividends” as used in this Article means income from shares, “jouissance” shares or “jouissance” rights, mining shares, founders’ shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company’s undistributed profits to a tax on the company’s undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11

INTEREST

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, interest shall be exempted from tax in the Contracting State in which it arises if it is:

- a) interest paid to the other Contracting State or the National Bank of that State;
- b) interest paid in respect of a loan or credit made, guaranteed or insured by the Oesterreichische Kontrollbank AG or a similar Kyrgyz public entity the objective of which is to promote the export.

(4) The term “interest” as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor’s profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(5) The provisions of paragraphs 1, 2 and 3 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 12

ROYALTIES

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the royalties. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

(3) The term “royalties” as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including software, cinematograph films and video films or records for TV and radio, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use industrial, commercial, or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the right or property giving rise to the royalties is effectively connected, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 13

CAPITAL GAINS

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Gains derived by an enterprise of a Contracting State from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic, or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in that State.

(4) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of shares or other corporate rights in a company the assets of which directly or indirectly consist wholly or principally of immovable property situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(5) Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1, 2, 3 and 4, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14

INDEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State unless he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has such a fixed base, the income may be taxed in the other State but only so much of it as is attributable to that fixed base.

(2) The term “professional services” includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15

DEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any twelve month period commencing or ending in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State, may be taxed in that State.

Article 16

DIRECTORS' FEES

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

ARTISTES AND SPORTSMEN

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, income referred to in this Article shall be exempt from tax in the Contracting State in which the activities of the artiste or sportsman are exercised, if such activities are exercised in that State in the framework of a culture or sport exchange programme approved by the Contracting States.

Article 18

PENSIONS

(1) Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State. This provision shall also apply to annuities paid to a resident of a Contracting State.

(2) The term "annuities" means a stated sum payable periodically at stated times during life or during a specified or ascertainable period of time under an obligation to make the payments in return for adequate and full consideration in money or money's worth.

Article 19

GOVERNMENT SERVICE

- (1) a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State to an individual in respect of services rendered to that State shall be taxable only in that State.
- b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:
 - i) is a national of that State; or
 - ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.
- (2) a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State to an individual in respect of services rendered to that State shall be taxable only in that State.

b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

(3) The provisions of paragraph 1 of this Article shall likewise apply in respect of remuneration paid to the Austrian Foreign Trade Commissioner for Kyrgyzstan and to the members of the staff of the Austrian Foreign Trade Commissioner for Kyrgyzstan.

(4) The provisions of Articles 15, 16, 17, and 18 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State.

Article 20

STUDENTS

Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

Article 21

OTHER INCOME

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

Article 22

CAPITAL

(1) Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State, and by movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in that State.

(4) Capital represented by shares or other corporate rights in a company the assets of which consist mainly of immovable property situated in a Contracting State may be taxed in that Contracting State.

(5) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23

ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION

(1) In the case of Austria double taxation shall be avoided as follows:

- a) Where a resident of Austria derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Agreement, may be taxed in Kyrgyzstan, Austria shall, subject to the provisions of subparagraph b) and paragraph 3, exempt such income or capital from tax.
- b) Where a resident of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of paragraphs 2 of Articles 10, 11, 12 and paragraph 4 of Article 13 may be taxed in Kyrgyzstan, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to

the tax paid in Kyrgyzstan. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to such items of income derived from that other State.

(2) In the case of Kyrgyzstan double taxation shall be avoided as follows:

Where a resident of Kyrgyzstan derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Agreement, may be taxed in Austria, Kyrgyzstan shall allow:

- a) as a deduction from the tax on the income of that resident, an amount equal to the income tax paid in Austria;
- b) as a deduction from the tax on the capital of that resident, an amount equal to the capital tax paid in Austria.

Such deduction in either case shall not, however, exceed that part of the income tax or capital tax as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income or the capital which may be taxed in Austria.

(3) Where in accordance with any provision of the Agreement income derived or capital owned by a resident of a Contracting State is exempt from tax in that State, such State may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

Article 24

NON-DISCRIMINATION

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected.

(3) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(4) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(6) The provisions of this Article shall, notwithstanding the provisions of Article 2, apply to taxes of every kind and description.

Article 25

MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of

the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Agreement.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Agreement.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Article 26

EXCHANGE OF INFORMATION

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Agreement. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, the taxes covered by the Agreement. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions. Even in such cases the confidentiality of person-related data may be waived only in so far as this is necessary to safeguard predominant and legitimate interests of another person or predominant public interests.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (*ordre public*) or to the basic rights granted by a State, in particular in the area of data protection.

Article 27

MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS

Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 28

ENTRY INTO FORCE

(1) The Contracting States shall notify each other of the completion of the procedure required by their respective law for the bringing into force of this Agreement.

(2) The Agreement shall enter into force on the first day of the third month after the date of the latter of the notifications referred to in paragraph 1 of this Article and its provisions shall have effect in respect of taxes for any fiscal year beginning after December 31 in the calendar year in which the Agreement enters into force.

Article 29

TERMINATION

This Agreement shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Agreement, through diplomatic channels, by giving written notice of termination

on or before the thirtieth day of June in a calendar year after the fifth year from the date of entry into force of the Agreement. In such event, the Agreement shall cease to have effect in respect of the taxes for any fiscal year beginning after December 31 in the calendar year in which the notice of termination has been given.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Agreement.

DONE in duplicate in Vienna, on the 18th day of September 2001, in the German, Kyrgyz, Russian, and English languages, each text being equally authentic. In the case of divergence of interpretation the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Dr. Benita Ferrero-Waldner

For the Kyrgyz Republic:

Arzymat Dschaparowitsch Sulaimankulow

PROTOCOL

At the moment of signing the Agreement between the Republic of Austria and the Kyrgyz Republic for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income and on capital, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Agreement:

Ad Article 2 paragraph 1, Article 4 paragraph 1 and Article 19:

In the case of Austria the terms “Contracting State” or “State” as used in the above-mentioned provisions refer also to political subdivisions according to the wording of the respective provisions in the OECD Model Convention on Income and on Capital.

Ad Article 7:

It is understood that term “profits” as used in this Article includes the profits derived by any partner from his participation in a partnership and in any other body of persons which is treated in the same way for tax purposes, and in the case of Austria, from a participation in a sleeping partnership (Stille Gesellschaft) created under Austrian law.

Ad Articles 10, 11 and 12:

If an Agreement or a Convention should be concluded between Kyrgyzstan and any other Member State of the European Union where Kyrgyzstan agrees to a rate of tax on dividends, interest or royalties that is lower than the rates provided for in this Agreement, Kyrgyzstan is prepared to enter into negotiations with Austria for the revision of the rates indicated in paragraphs 2 of Articles 10, 11 and 12 of this Agreement.

Ad Articles 22 and 23:

It is understood that the term “capital” means movable or immovable property and includes (but is not limited to) cash, stock or other evidences of ownership rights, notes, bonds or other evidences of indebtedness and patents, trademarks, copyrights or other similar rights or property.

Interpretation of the Agreement:

It is understood that provisions of the Agreement which are drafted according to the corresponding provisions of the OECD Model Convention on income and on capital or the United Nations Model Double Taxation Convention between Developed and Developing Countries shall generally be expected to have the same meaning as expressed in the OECD or UN Commentaries thereon. The understanding in the preceding sentence will not apply with respect to any contrary interpretation agreed to by the competent authorities after the entry into force of this Agreement. The Commentaries – as they may be revised from time to time – constitute a means of interpretation in the sense of the Vienna Convention of 23 May 1969 on the Law of Treaties. In case of any divergence in the interpretation as expressed in the commentaries of the OECD and the UN Model, a common interpretation would have to be sought by mutual agreement according to Article 25, if necessary.

IN WITNESS WHEREOF the Undersigned, duly authorised thereto have signed this Protocol.

DONE in duplicate in Vienna, on the 18th day of September 2001, in the German, Kyrgyz, Russian, and English languages, each text being equally authentic. In the case of divergence of interpretation the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Dr. Benita Ferrero-Waldner

For the Kyrgyz Republic:

Arzymat Dschaparowitsch Sulaimankulow

Die Mitteilungen gemäß Art. 28 Abs. 1 des Abkommens erfolgten am 4. Juli 2002 bzw. 28. Februar 2003; das Abkommen ist gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 mit 1. Mai 2003 in Kraft getreten.

Schüssel